

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 3.60 M.  
(davon 65 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Postbezug 4.32 M. einschließlich 60 Pf.  
Postgebühren und 72 Pf. Postbestel-  
gebühren. Auslandsbestellung 6.— M.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Posttarif 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, fünftägige Sonntagsbeilage  
„Volk und Welt“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Dienstag  
6. Oktober 1931  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einzeln. Kopiergebühr 80 Pf.  
Reklamazelle 3.— M. „Kleine An-  
zeigen“ das fertige Wort 25 Pf.  
(zählend zwei fertige Worte), jedes  
weitere Wort 12 Pf. Rabatt 10. Zehn-  
Stellenzettel das erste Wort 15 Pf.,  
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über  
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.  
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-  
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme  
im Hauptgeschäftsbüro, wochentäg-  
lich von 8<sup>1/2</sup> bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der  
Zurücknahme nicht genehmiger Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Telef.: Köhlfeld (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. V. u. Disc.-Ges., Depositent., Jerusalemstr. 65-66

# Umbildung des Kabinetts.

## Curtius tritt zurück. — Zahlreiche Ministerien sollen neu besetzt werden.

Gestern tagte das Reichskabinett. Um 6 Uhr abends war der Reichskanzler beim Reichspräsidenten, dann tagte das Kabinett weiter. Heute vormittag wird der Reichsrat zusammentreten. Dazu macht das Berliner Organ des Zentrums, die „Germania“, folgende Vorbemerkung:

Mit dieser Sitzung des Reichsrates, die genau acht Tage vor dem Zusammentritt des Reichstages erfolgt, werden die großen politischen Entscheidungen eingeleitet, denen sich der Reichstag in der nächsten Woche gegenübersehen wird.

Es darf heute als sicher angenommen werden, daß das Reichskabinett in seiner heutigen Zusammensetzung nicht mehr vor den Reichstag treten wird.

Die Aussprache über Genf, die auf Grund des am Sonnabend vom Reichsaussenminister erstatteten Berichtes gestern im Kabinett stattfanden sollte, ist zwar noch nicht erfolgt. Doch ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß

der Reichsaussenminister in den allernächsten Tagen seinen Rücktritt nehmen wird.

Darüber hinaus ist damit zu rechnen, daß noch im Laufe dieser Woche eine Umbildung der Reichsregierung stattfindet. Es steht allerdings noch nicht fest, ob es sich hierbei nur um die Neubestellung der seit langem unbesetzten Ministerien handelt — Wirtschaft und Justiz, zu denen nun auch noch das Außenministerium tritt — oder ob noch weitere personelle Veränderungen erfolgen. In jedem Falle ist aber anzunehmen, daß diese Entscheidungen noch in dieser Woche getroffen werden.

Ueber die Absicht des Reichskanzlers, sein Kabinett umzubilden, ist der Sozialdemokratischen Partei bisher offiziell nichts bekanntgeworden. Nach den vorliegenden Zeitungsnachrichten dürfte es sich jedoch um einen Versuch handeln, die kleinen Gruppen zwischen dem Zentrum und der Deutschnationalen Partei durch Befriedigung persönlicher Wünsche stärker an das Kabinett zu binden.

Das Kabinett Brüning sieht sich von rechts her in seiner Existenz stark bedroht. Am Sonntag will sich die „nationale Opposition“ in Bad Harzburg versammeln, um den Angriff vorzubereiten. Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ werden an dieser Tagung auch „wichtige Persönlichkeiten“ teilnehmen, „die ihren politischen Standpunkt bisher links von der nationalen Opposition hatten, jetzt aber entschlossen sind, mit den Herren Hugenberg und Hitler gemeinsam zu operieren“.

Für den gleichen Tag hat auch Herr Dingeldey von der Volkspartei eine Rede in Breslau angekündigt, in der er, wie seine Freunde verkünden, seinen Abmarsch nach rechts erklären wird — es sei denn, daß bis dahin gewisse Wünsche der Volkspartei erfüllt wären! Zu diesen Wünschen soll auch die Erziehung des Reichsinnenministers Wirth durch einen weiter rechtsgerichteten Politiker gehören.

Es kann dem Ansehen des Reichskanzlers nicht förderlich sein, wenn er sich unter den gegebenen Umständen zu einer Umbildung seines Kabinetts entschließt; es entsteht dadurch der Eindruck, daß er unter starkem Druck handelt und nicht mehr ganz Herr seiner Entschlüsse ist. Im übrigen wird er damit rechnen müssen, daß Druck Gegendruck erzeugt und daß er durch jeden Versuch, seine Stellung nach rechts zu stärken, seine Stellung nach links gefährdet. Daß ihm Hugenberg und Hitler Bardon gewähren, ist sehr unwahrscheinlich, denn soweit wird er ihnen doch nicht entgegenkommen können. Die Gefahr ist sehr groß, daß er sich zwischen verschiedene Stühle auf den Baden legt.

Die Art, in der die Umbildung des Kabinetts angekündigt wird, läßt vermuten, daß an eine Erweiterung nur nach rechts gedacht ist und nicht nach links. Es wird nicht an eine Regierung gedacht, die den Kampf gegen den Faschismus energisch aufnimmt, nicht an eine Regierung, die sich der rückwärtigen Bewegung auf sozialpolitischem Gebiet mit allen Kräften entgegenstemmt, nicht an eine Regierung, die das sozialdemokratische Programm einer umfassenden Winterhilfe für die Notleidenden durchführt, und erst recht nicht an eine Regierung, die mit der Staatskontrolle über Banken, Trusts und sonstige Großorganisationen der Privatwirtschaft

Ernst macht und damit eine grundsätzliche sozialistische Forderung der Sozialdemokratie erfüllt. Es wird vielmehr, wie es scheint, der Sozialdemokratie zugemutet, weiter die Politik des kleineren Übels zu treiben, und zwar auch dann, wenn das „kleinere Übel“ noch größer wird, als es bisher war.

Wahrscheinlich kennt der Reichskanzler Dr. Brüning sowieso schon das Risiko, das er damit läuft, aber es ist notwendig, daß von diesem Risiko auch hier ganz deutlich gesprochen wird.

Geht die Regierung Brüning in ihrer Zusammensetzung und ihrem Programm noch weiter nach rechts, so gerät sie in Gefahr, um des Lebens willen den Sinn des Lebens zu verlieren. Kann und will sie gegen rechts nicht kämpfen, so muß sie, nachdem sie eine Position nach der anderen preisgegeben hat, schließlich Hugenberg ganz das Feld räumen. Die Sozialdemokratie hat gewiß kein Interesse daran, eine solche Entwicklung zu beschleunigen, aber sie wird sich die Frage vorlegen müssen, ob es noch viel Opfer lohnt, sie ein wenig zu verlangsamen.

Eine Regierung Hugenberg bedeutet nicht nur den Sieg der Sozialreaktion auf der ganzen Linie, nicht nur den jähen Abbruch der bisherigen Außenpolitik sondern noch viel Schlimmeres. Begangene Fehler der Innen- wie der Außenpolitik

lassen sich zur Not wieder korrigieren, wenn der Apparat der parlamentarischen Demokratie funktioniert. Wird er außer Funktion gesetzt, so wird das arbeitende Volk nicht nur für einen mehrbaren Zeitraum geschädigt, es wird ihm auch sein Grundrecht genommen, das Recht, die Dinge, die ihm schaden, zu ändern. Dieses Grundrecht des arbeitenden Volkes zu schützen, ist der Sinn der bisherigen Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Seit Casselle hat die Sozialdemokratie für das allgemeine Wahlrecht gekämpft, für das allgemeine Wahlrecht, das nur dann einen Sinn hat, wenn der Wille der Wähler letzten Endes entscheidend bleibt.

Nachdem es der Rechten gelungen ist, den Willen eines großen Teils der Wähler zu verwirren und eine willensunfähige Volksvertretung zu schaffen, geht sie daran, der Republik selbst an die Wurzel zu greifen. Darum hat die Sozialdemokratie alles getan, um die Rechte nicht an die Macht kommen zu lassen. Will jetzt der Kommandant der Festung, die sie verteidigt, selber den Besagerten die Schlüssel ausliefern? Sie würde den Kampf deswegen nicht aufgeben, aber sie wäre dann genötigt, ihn in einer anderen Front und in einer anderen Weise als bisher weiterzuführen.

Auf alle Fälle: Klarheit tut not! Die nächsten Tage müssen sie bringen!

# Morrow plötzlich gestorben.

## Hoovers und Stimson's Vertrauensmann.

New York, 5. Oktober.

Nach einer Mitteilung der „Associated Press“ wurde der frühere amerikanische Botschafter in Mexiko, Senator Dwight H. Morrow, der ehemalige Partner des Bankiers Morgan und der Schwiegervater Lindberghs, heute in seinem Heim in Englewood (New Jersey) tot aufgefunden. Der Tod erfolgte durch Gehirnblutung.

Vor genau 48 Stunden wurde die Welt durch die sensationelle Nachricht überrascht, daß Staatssekretär Stimson bestätigt habe, daß er Senator Morrow zu sich gebeten habe, um sich mit ihm über die Lage in Europa, einschließlich der Frage des polnischen Korridors zu besprechen. An dieser Stelle wurde sofort auf die Wichtigkeit dieser Meldung hingewiesen, vor allem mit Rücksicht auf die Bedeutung der Persönlichkeit Morrows. Diese Meldung hatte naturgemäß in ganz Europa beträchtliches Aufsehen erregt und sie wurde selbstverständlich vor allem in Polen bereits mit Bestürzung kommentiert.

Um so seltsamer wirkt die völlig überraschende Nachricht vom plötzlichen Tode Dwight Morrows in dem Augenblick, wo sich das Interesse der Welt mehr als je zuvor auf diesen amerikanischen Staatsmann konzentrierte. Morrow galt in den Vereinigten Staaten auf Grund seiner überaus erfolgreichen diplomatischen Tätigkeit in Mexiko und sodann auf der Londoner Seeabrüstungskonferenz als ein „kommandierender Mann“. Man sprach sogar schon von ihm als einem künftigen Präsidenten der USA, wobei ihm nicht nur seine persönliche Tüchtigkeit, das besondere Vertrauen Hoovers und seine engen Beziehungen zur Hochfinanz, sondern auch seine Popularität als Schwiegervater des Ozeanfliegers Lindbergh zugute gekommen wären. Sein vorzeitiger und plötzlicher Tod bedeutet für Amerika und vielleicht sogar für die ganze Welt einen schweren Verlust.

### Hoover für sofortige Aktion.

London, 5. Oktober.

Nach Washingtoner Meldungen wird in einer amtlichen Mitteilung erklärt, daß in den Besprechungen, die Präsident Hoover mit führenden Finanzleuten und Staatssekretär Mellon während des Wochenendes hatte, besonders die wirtschaftliche Lage in Europa erörtert wurde. Außerdem sei auch die Frage der Baisse-Spekulation an der New-Yorker Börse besprochen

worden. Man erwarte jedoch nicht, daß der Präsident gesetzgeberische Maßnahmen zu ihrer Verhinderung ergreifen werde, sondern daß er, falls Maßnahmen notwendig werden sollten, vorher die Vertreter der Geschäftswelt hören werde.

In der Mitteilung wird weiter erklärt, daß es sich, obwohl Präsident Hoover den Wunsch gehabt habe, Erwägungen über eine Verlängerung des Kriegsschuldenermoratoriums bis nach der Ratifizierung des Hoover-Plans durch den Kongreß hinauszuschieben, als notwendig herausgestellt habe, dem Gefühl der Unsicherheit über das, was nach dem Ablauf des jetzigen Hoover-Moratoriums geschehen werde, sofort ein Ende zu bereiten.

Präsident Hoover sei jetzt bereit, so bald als möglich zu handeln.

Die Dringlichkeit zu einer schnellen Entscheidung ergebe sich teilweise aus den erneuten Abzügen bei der Reichsbank und teilweise aus der Tatsache, daß die amerikanischen Banken an dem Stillhalteabkommen beteiligt seien. Die Bankiers wünschten nunmehr zu wissen, was nach dem Ablauf dieser Vereinbarung im Februar geschehen werde.

### Blutige Präsidentenwahl.

#### Zehn Tote in Chile.

Santiago de Chile, 5. Oktober.

Bei der Präsidentenwahl am Sonntag sind zehn Personen getötet worden. Der gewählte Präsident Dr. Montero soll wenigstens 60 Proz. der Stimmen erhalten haben. In der Umgebung des ehemaligen Präsidenten Alessandri weigert man sich, die Wahl Monteros anzuerkennen.

### Weltkriegstote gefunden.

Havas, 5. Oktober. (Havas.)

In der Zeit vom 5. September bis 3. Oktober sind bei Umgrabungen auf dem ehemaligen Kampfgebiet 191 Leichen deutscher und französischer Soldaten aufgefunden worden. Von den deutschen Gefallenen konnten 6 identifiziert werden, 44 blieben unbekannt; von den französischen Gefallenen konnten 37 identifiziert werden, 104 blieben unbekannt.

## Sanierung Deutschösterreichs.

Die Erfolge der Sozialdemokratie.

Die schwere Wirtschafts- und Finanznot in Deutschösterreich und die Entwertung so vieler Auslandswährungen, die stets als „Edelvaluten“ gegolten hatten, führte jetzt in Wien eine tendenziös erzeugte Schilling-Panik herbei. Winkelsbörsen entstanden, man kaufte da „sicheres Geld“ zu erhöhtem Preis und Verdächtigungen gegen die Demokratie und das Parlament wurden kolportiert, die nicht imstande wären, die Schwierigkeiten zu überwinden: „Die starke Hand muß kommen“, von der man ja eben erst in Obersteier eine Probeleistung erlebt hatte. Der drohende Ablauf des 200-Millionen-Kredits war nur abzuwenden durch schnelle Verabschiedung des großen Sparprogramms, das der Bundeskanzler aus Genf mitgebracht hatte. Dieses Sparprogramm stieß in verschiedenen wesentlichen Punkten auf den entschiedenen Widerstand der Sozialdemokraten. Da auch die Großdeutschen wegen des Beamtengehaltsabbaus und die Heimwehrleute zur Förderung einer Nachtergreifung des Faschismus ablehnend blieben, reichten die verbleibenden Regierungsparteien der Christlichsozialen und des Landbundes zur Annahme nicht aus. Und der Faschismus lauerte!

Da sagten sich die Sozialdemokraten, zur Erhaltung der Demokratie muß das Parlament zeigen, daß es die Ordnung im Staatshaushalt aus eigener Kraft herzustellen und damit die Festigkeit der Währung zu erhalten vermag. Eine ganze Nacht, bis 7-Uhr morgens, dauerten die Verhandlungen. Die Sanierungsgehalte erhielten eine ganz neue Fassung, wobei die Sozialdemokraten eine Reihe ihrer Forderungen durchsetzten: Geldliche Sicherung der Arbeitslosenunterstützung, Fürsorgeaktion für die Ausgesteuerten, Richtanwendung des Gehalts- und Lohnabbaus im öffentlichen Dienst auf tariflich geschützte Betriebe, also keine Kenderung von Kollektivverträgen durch Gesetz, Verringerung der Einkommensstützung der Eisenbahner, Sicherung ihrer Mitbestimmung über die Beförderungsordnung durch ihre Personalvertretung, Richtanwendung der Gemeindebeamten in das Bundeschema, sondern freie Verhandlungen zwischen ihnen und der Gemeindeverwaltung. Kein Abbau von Bundesangestellten ohne Mitwirkung und Kontrolle der Personalvertretung und der Gewerkschaften. Weiter wurde erreicht, daß die Vorrückungssperre um ein Jahr aufgeschoben und die Gehaltskürzung der Bundesangestellten um 3 Proz., der niedrigstbezahlten um 4 bis 5 Proz. verkleinert wird. Dafür ist die Vermögenssteuer der Reichen verdoppelt, ihre Kräftesteuer erhöht, aber allen Arbeitern, die nicht mehr als 2000 Schilling im Jahr verdienen, erlassen worden. Der Kampf um Ersparungen im Heereshaushalt hat den ersten Erfolg errungen, daß die Werbungen für ein Jahr eingestellt werden.

Selbstverständlich konnten die Sozialdemokraten nicht alles durchsetzen, was sie im Interesse der Arbeiter, Angestellten und Besitzlosen forderten. Aber sie haben starke Verbesserungen erreicht und sie haben durch ihre Zustimmung zu den so umgestalteten Spargesetzen das Ansehen der Volksvertretung gehoben, das Vertrauen in die Demokratie gestärkt.

## Otto Bauer gegen die Spaltung.

Jede Spaltung der Sozialdemokratie ist ein Verbrechen an der Arbeiterschaft.

Genosse Dr. Otto Bauer-Wien sendet uns folgende Erklärung:

Genossen der in Deutschland neu gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei haben behauptet, ich hätte beim Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands interveniert, um ihre Ausschließung zu verhindern. Gegenüber diesen Behauptungen erkläre ich:

Sonntag, den 27. vorigen Monats, hat mir Genosse Dr. Max Adler, der in Beziehungen zu den Gründern der neuen reichsdeutschen Splitterpartei steht, Mitteilungen über den Konflikt in Deutschland gemacht. Auf Wunsch des Genossen Dr. Max Adler habe ich diese Mitteilungen in einem persönlichen und vertraulichen Brief an den Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie, den Genossen Otto Weis, weitergeleitet in der Hoffnung, daß sie vielleicht doch die Beilegung des Konflikts erleichtern könnten.

Ueber meine Stellung zur Gründung der SAP. kann kein Zweifel bestehen. Ich halte jede Spaltung der Sozialdemokratie für ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. Auch wenn die von den Genossen Seydewitz und Rosenfeld gegründete Verlagsgesellschaft und Zeitschrift nicht, wie der Parteiaussschuß annahm, Ansätze einer Sonderorganisation gewesen sein sollten, wären die Genossen nach meiner Ueberzeugung dennoch verpflichtet gewesen, auf ihre Gründungen zu verzichten, um das bei weitem größere Uebel, die Spaltung der Partei, zu vermeiden.

Otto Bauer.

## Bürgerkriegsübung mit Ahtjährigen.

Einschreiten der Münchener Polizei gegen Hiffernung.

München, 5. Oktober.

Die Polizeibehörde teilt mit: Auf dem Gelände einer ehemaligen Filialgesellschaft in Grünwald hatten sich am Sonnabend, dem 3. Oktober, gegen 20 Uhr etwa 60 Angehörige der Hitler-Jugend, größtenteils im Alter von 8 bis 14 Jahren, eingefunden, Zelte aufgeschlagen und Lagerfeuer unterhalten. Sie beabsichtigten, auf dem Plage zu übernachten. Die Führer wurden durch die zuständige Gendarmeriestation auf das Verbot der Beteiligung von Schülern der Volksschulen, Berufsschulen und Mittelschulen an politischen Vereinen hingewiesen, wozu nach der Bekanntmachung vom 23. Februar 1931 auch die Hitler-Jugend zu rechnen sei. Sie wurden aufgefordert, die schulpflichtige Jugend sofort zu entlassen und für ihre Heimleitung Sorge zu tragen. Nach anfänglicher Weigerung und Heranziehung eines Kommandos der Landespolizei wurde diesen Forderungen teilweise entsprochen. 12 junge Leute im Alter von 11 bis 16 Jahren, die am Plage übernachtet hatten, wurden am Sonntag vormittag, 5 Uhr, durch die Landespolizei mit Kraftwagen zur Polizeidirektion München gebracht und nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen. Nach 8 Uhr vormittags übte auch eine Anzahl von Angehörigen der RSDAP, zum Teil in Braunhemden, zum Teil mit Armbanden, zum Teil in Zivilkleidung, in geschlossener Formation auf diesem Plage. Der verantwortliche Führer wurde unter Hinweis auf die Bestimmungen der Rotverordnung nach Heranziehung eines Kommandos Landespolizei zur Auflösung der Veranstaltung aufgefordert. Er kam dieser Aufforderung nach.

# Labour rüstet zur Wahlschlacht.

Fenner-Brockway auf Rosenfelds Spuren.

London, 5. Oktober.

Der Parteitag der Arbeiterpartei begann heute nachmittags in Scarborough unter Teilnahme von 800 Delegierten. Diesem Parteitag kommt nach der Zuspizung der politischen Lage in England und unmittelbar vor dem wahrscheinlichen Ereignis von Neuwahlen in diesem Augenblick besondere Bedeutung zu. Der Vorsitzende

Stanley Hirst

übte in seiner Begrüßungsansprache heftige Kritik am Verhalten der drei zu den Gegnern übergegangenen Minister. Die neue Politik dieser Richtung habe mit dem Zusammenbruch der Pfundwährung bereits ein fürchtbares Fiasko erlitten. Die durch den Sturz des Pfundes hervorgerufene Lage habe für die englische Regierung die gleichen Wirkungen, wie sie Schutzzölle haben würden. Daher sei eine Tarifgesetzgebung völlig unangebracht und entschieden zu bekämpfen.

Henderfon,

der frühere Außenminister, der als zweiter Redner das Wort ergriff, wurde mit lebhaften Ovationen begrüßt, die aber Gegenkundgebungen von Anhängern der Unabhängigen Arbeiterpartei hervorriefen. Henderfon

forderte dazu auf, die Wahlen mit größtem Eifer vorzubereiten. Die Arbeiterpartei will Kandidaten in 550 Wahlkreisen aufstellen.

Eine lebhafte Debatte entspann sich dann über die Frage der Parteidisziplin bei Abstimmungen im Parlament. Die Unabhängige Arbeiterpartei, d. h. der linke Flügel der Arbeiterpartei, fordert in dieser Beziehung, wie schon früher, größte Bewegungsfreiheit. Ein entsprechender Antrag des Abgeordneten Fenner-Brockway von den Unabhängigen wurde vom Parteitag mit großer Mehrheit abgelehnt. Das Ergebnis dieser Abstimmung scheint jedoch zu sein, daß die Gegensätze innerhalb der Partei noch mehr verschärft worden sind, denn Fenner-Brockway erklärte nachher Pressevertretern, von den 16 Abgeordneten der Unabhängigen Arbeiterpartei im Unterhaus würden mindestens 14 die Entgegennahme jeder Instruktion von Henderfon ablehnen.

Noch keine Einigung zwischen Macdonald und Lloyd George.

London, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Das Werben Macdonalds um die Mitwirkung der Liberalen bei den Wahlen für eine „nationale Regierung“ hat immer noch nicht zum Erfolg geführt. Macdonald besuchte deshalb am Montag den in seinem Landhaus zur Erholung weilenden liberalen Führer Lloyd George. Auch diese Besprechung blieb ohne Erfolg.

# Wie Hugenbergs Landbank saniert wurde.

Rettung eines Hugenberg-Unternehmens durch Preußen. — Untersuchung im Landtagsausschuß.

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags zur Nachprüfung der Finanzgeschäfte der Preussenkasse trat am Montag nachmittags nach längerer Pause wieder zusammen, um in die Beweisaufnahme über den Untersuchungskomplex einzutreten, der sich auf die Kreditbeziehungen zwischen Preussenkasse und Landbank erstreckt.

Als Zeuge wurde Landeshauptmann Caspari-Schneldemühl, der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Landbank, vernommen. Er hat mit der Landbank Fühlung bekommen, als 1924 ein Restgut der Landbank von der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen für Siedlungszwecke übernommen wurde. 1925 erbat und erhielt die Landbank von der Provinzialbank einen Kredit von 250000 Mark. Die Landbank hatte damals versprochen, wie der Zeuge erklärt, daß ihre Lage sehr bedrohlich war und daß sie große anderweitige Schulden hatte. Im November, so fährt Caspari fort, besuchte mich der stellvertretende Direktor Dr. Letenz von der Landbank und teilte mir mit, die Lage der Landbank sei jetzt so schlimm, daß auch unser Kredit gefährdet sei, vor allem aber auch das ganze Siedlungswert dieser Bank an der polnischen Grenze. Ministerpräsident Braun habe keine Reigung gehabt, einzuzugreifen, erst nach langen Verhandlungen, nachdem im Januar 1926 schon die Eröffnung des Konkurses beantragt war, sei die Landbank gestützt worden. Bedingung war, daß die Mehrheit der Aktien in die Hand der Provinz, des Staates und der Preussischen Seehandlung überging und daß ich Vorsitzender des Aufsichtsrats wurde. Zum Generaldirektor wurde Dr. Koberwald bestimmt.

Vorsitzender Abg. Bok (Dnat.): Der Ausschuß hat die Aufgabe, zu untersuchen, inwieweit der preussische Staat, also die Preussische Staatsbank, in erster Linie durch die Landbank geschädigt worden ist. Was können Sie dazu sagen?

Landeshauptmann Caspari: Wenn ich mit den Herren der alten Geschäftsleitung sprach, wurde mir immer gesagt, die Landbank ist an sich gut, aber illiquid. Ich habe diesen Versicherungen auch geglaubt; was ich aber nachher erlebt habe, hat alle Befürchtungen überstiegen. Sämtliche Aufsichtsratsmitglieder der neuen Verwaltung und sämtliche Staats- und Staatsbankvertreter waren der Auffassung, wir dürfen der alten Leitung nicht die Entlastung erteilen, weil inzwischen sich Tatbestände herausgestellt haben, die doch ein ganz anderes Bild ergeben, als wir es uns erst vorgestellt hatten. Wir haben in einer Generalversammlung als Akt der Notwehr gegen die unerhörten Angriffe, die in der vorherigen Versammlung seitens der früheren Verwaltung und der kleinen Aktionäre erhoben worden waren, die Erläuterungen zum Geschäftsbericht der Landbank von 1926 vorgelegt. Da war zum Beispiel gesagt worden, es bestünde da ein gewisses Gefälligkeitsgeschäft mit der Freifrau von Camp-Massauen, das sei aber nicht weiter von Belang und werde sich ohne weiteres erledigen. Es war aber wesentlich anders. An dieser Geschichte ist die preussische Staatsbank mit mehreren hunderttausend Mark hängen geblieben.

Es handelt sich da um rund 800000 Mark, die die Landbank heute noch der Staatsbank schuldet.

Die Staatsbank ist hierfür durch ein Gut Amalienhof bei Spandau gesichert. Die zweite unangenehme Angelegenheit war die Ablösung einer Amsterdamer Guldenschuld in Höhe von weit über 500000 Gulden.

Auch diesen Betrag hat die Staatsbank ablösen müssen.

Wir waren, so erklärt der Zeuge, ziemlich überrascht, als wir von dieser Schuld erfuhren. Zurückerblickend ist es heute fast unmöglich, alle diese Dinge zu entwirren. Man hat uns scharf angegriffen, weil wir z. B. in der Bilanz 500000 Mark absetzten mit Rücksicht auf einen Prozeß, der nach Ansicht unserer Juristen als verloren anzusehen war. Der Prozeß ist dann tatsächlich beim Reichsgericht verloren worden.

Die Staatsbank ist rechtlich und tatsächlich für ihre Kredite völlig gesichert. Im übrigen ist heute die Landbank als gesund zu bezeichnen und auch zur Zeit liquid.

Würde aber heute die Staatsbank zugreifen, dann wäre selbstverständlich eine Fortführung der Landbank nicht mehr möglich.

Auf Befragen durch den Berichterstatter Kuttner erklärt der Zeuge weiter: Die alte Verwaltung der Landbank hat offenbar gutgläubig auf dem Standpunkt gestanden: Die Landbank ist ein gutes Objekt und hat gute Aktien. Wenn die Herren den genauen Sachverhalt gemüht hätten, so wie wir ihn heute kennen, so dürften sie meines Dafürhaltens gewisse Werte der Neu-

landgesellschaft nicht oder wenigstens nicht in diesem Umfang herausnehmen. Mir hat ein Direktor der Landbank nachträglich gesagt, ein Direktor habe von den Geschäften des anderen Direktors nichts gewußt. Ihn habe man bewußt von den Geschäften ferngehalten, die zwei andere Direktoren gemacht haben. Offenbar sind also auch maßgebende Stellen nicht im Bilde gewesen. Welchen Wert die herausgenommenen Saar-Riesow-Aktien der Neulandgesellschaft hatten oder heute haben, weiß ich auch heute noch nicht.

Berichterstatter Kuttner: Die alte Verwaltung vertritt den Standpunkt, daß sie als gemeinnütziges Siedlungsunternehmen moralischen Anspruch auf staatlichen Kredit gehabt habe, daß sie aber schlechter behandelt worden sei als andere ähnliche Unternehmungen. Nur darauf soll es zurückzuführen sein, daß die Illiquidität eingetreten ist.

Zeuge Caspari: Die Staatskommissare des preussischen Landwirtschaftsministers und des Finanzministers haben nach meiner Ueberzeugung alles getan, um der Landbank die nötigen Siedlungsgelder zuzuführen. Es handelt sich um Geschäfte, die nicht mit der Siedlung zusammenhängen.

Abgeordneter Könnede: In einem Vergleich haben sie gleichzeitig den Minderheitsaktionären, die die Anfechtungsklage erhoben hatten, einen Preis von 10 Mark für 1000 Papiermark-Aktien zugewilligt. Wie sind sie zu dieser Höherbewertung gekommen?

Zeuge Caspari: Nicht aus der Erkenntnis heraus, daß die Aktien den Wert haben, sondern um endlich zu positivem Arbeiten kommen zu können.

Wir wurden geradezu überschüttet von Herren, die sich zu einem Raubzug auf die öffentliche Hand verbunden hatten, die Spekulationsgeschäfte mit uns machen wollten.

Dabei hatten wir etwas Sorge vor der richterlichen Einstellung. Alle Beteiligten einschließlich der Staatskommissare wollten endlich Schluß machen.

Abgeordneter Könnede: Wollen Sie sagen, daß der Hugenberg-Kreis einen Raubzug gegen die öffentliche Hand unternommen habe?

Zeuge Caspari: Ich möchte meiner persönlichen Meinung Ausdruck geben, daß das Bankhaus Arons nicht von jeher im Besitz der Obligationen gewesen ist, sondern sich diese erst später verschafft hat. Den Raubzug auf die öffentliche Hand erblicke ich auch in der Art und Weise, wie man gegen uns gekämpft hat. Es ist niemals anerkannt worden, daß man ein Unternehmen vor dem Konkurs gerettet und auch Personen vor unangenehmen persönlichen Weiterungen gerettet hat.

Die Verhandlungen wurden auf Dienstagvormittag vertagt.

## Deutschnationale Reisespesen.

Eine Woche Berlin — 1729 Reichsmark.

Die deutschnationale Presse, für die Verschwendung und Mißwirtschaft eine Begleiterscheinung des „Marxismus“ ist, wird gebeten, die nachstehende Spesenabrechnung eines deutschnationalen Oberbürgermeisters abzudrucken, die sodann infolge einer Pressepolemik zwischen Blättern der Rheinprovinz ans Tageslicht kommt:

Hagen, 26. Juni 1929.

Ich habe in Berlin die Eingemeindungsverhandlungen wahrgenommen, wie vom Stadterweiterungsausschuß beschlossen. Zu diesem Zwecke war ich abwesend vom Sonntag, dem 16. Juni, bis Sonnabend, dem 22. Juni d. J. Meine Frau hat sich wunschgemäß an dieser Reise beteiligt und war vom 16. Juni bis 20. Juni in Berlin.

An baren Aufwendungen sind dafür entstanden:

1. Reisekosten 1. Klasse Hagen — Berlin mit Schlafwagenbenutzung . . . . . 192,— Reichsmark
2. Reisekosten 1. Klasse Berlin — Hagen . . . . . 130,—
3. Hotel laut Rechnung . . . . . 325,96
4. Bewirtungen . . . . . 527,—
5. Sonstige eigene Verpflegung . . . . . 160,—
6. Besondere Ausgaben für Gepäc, Telefon, Telegramme, Autofahrten, Trinkgelder und Beforgungen, für Karten usw. . . . . 385,—

zusammen 1729,96 Reichsmark

Ich bitte um Anweisung.

Oberbürgermeister Finte.

Der deutschnationale Herr Oberbürgermeister liquidiert für eine sechstägige Reise nach Berlin mehr, als das Jahresinkommen manches uneren Beamten beträgt! Wir wagen kaum auszubedenken, was es gekostet hätte, wenn der Oberbürgermeister etwa im Auftrage seiner Stadt nach Amerika gereist wäre!

# Höhlen der Bürgerkriegsgarde

## Nazi-Kasernen in der Innenstadt - Der Terror wächst - Wie lange noch?

Wir setzen heute unsere Veröffentlichungen über die militärischen Stützpunkte der nationalsozialistischen Sturmkolonnen fort. Schon die Mitteilungen über die Nazi-Kasernen in den Berliner Außenbezirken haben uns Berge von Material über weitere Schlupfwinkel der Hafenkreuzler gebracht. Darüber hinaus kommt in allen Zuschriften und Hinweisen die große Empörung der Berliner Arbeiterschaft über den Terror der Hitler-Banden zum Ausdruck. So ist es in Neukölln zu spontanen Abwehrmaßnahmen der Mieter des Hauses Richardstr. 35 gekommen. In diesem Hause befindet sich, wie wir mitteilen, die Neuköllner Nazi-Kaserne. Da die Vorstellungen der Mieter wegen Ermittlung der Nazis erfolglos geblieben sind, haben die Mieter beschlossen, ab Oktober die Miete nicht mehr an den mit den Hafenkreuzlern sympathisierenden Verwalter abzuführen, sondern sie solange beim Amtsgericht Neukölln zu hinterlegen, bis die Mordbuben aus dem Hause Richardstr. 35 ausgezogen sind.

### Das berüchtigte „Afrikatafino“.

Die berüchtigte Kaserne der Innenstadt ist im Hause Lühowsstraße 93. Hier befindet sich auch das bekannte Verkehrslokal der Nazis, das „Afrika-Kafino“. Zur Unterbringung der nationalsozialistischen Terrorgruppen sind besondere Räume hergerichtet. Fröhlich gepornt und gestieft mit Lederhosen, Metterjacke und Bärenstiefel. Bei besonderen Anlässen ist diese Nazi-Kaserne vollgepfropft mit SA-Leuten. Zusammenkünfte in diesem Grenzbezirk des sogenannten „Alten Westens“ sind an der Tagesordnung. Am stärksten war der Terror kurz nach der Reichstagswahl vom 14. September. Wie erinnerlich, kam es damals zu schweren Feuerüberfällen der SA-Horden auf Andersdenkende. Auch heute noch muß jeder, der mit dem Abzeichen einer republikanischen Organisation an dieser Nazi-Kaserne vorbeigeht, damit rechnen, zum mindesten angepöbelt zu werden. Besonders sind dem Terror der Nationalsozialisten die Besucher der Synagoge in der Körnerstraße ausgehört. Eine Verfolgung und Feststellung der Krawallmacher ist nur in den seltensten Fällen möglich, da die Chauffeure, die mit ihren Wagen an der Autohaltestelle Lühow, Ecke Potsdamer Straße stehen, meist Parteigenossen der Nazis sind und den Terroristen in jeder Hinsicht zur Seite stehen.

### Die schlemmenden Sturmführer.

Bismarcken gerät sich auch die Befähigung dieser Kaserne gegenständig in die Haare. Besonders, wenn die rauen Kämpfer voll des süßen Weins sind. Dann beschimpfen sie sich vor allen Leuten auf der Straße. So waren eines Abends Nationalsozialisten, die zu jener der Arbeitsgemeinschaften gehörten, die auf Gütern in der Mark Brandenburg arbeiten, zurückgekommen. Diese beschwerten sich bitter darüber, daß man sie wie Kulis behandelt hätte, während die Herren Sturmführer mit der Herrschaft durch die Gegend reiten und schlammten. Aber die SA hat keine Stiefel auf den Beinen. Es kommt hinzu, daß seit einiger Zeit ja auch nicht mehr die 2,50 M. Tagelohn an die SA gezahlt werden. So bildeten sich auf der Straße zwei Gruppen, von denen die eine auf die Sturmführer schimpfte, während die andere sie verteidigte. Beinahe wäre man handgreiflich geworden.

Eine andere Nazi-Kaserne befindet sich in der Mohlstraße 66. Es handelt sich um das Eckhaus Martin-Luther- und Mohlstraße. Hier ist im vierten Stock des Vorderhauses eine Großwohnung von 8 bis 10 Zimmern als Kaserne eingerichtet worden. Die Wohnung gehört einem seit etwa einem Jahr aus Ostpreußen zugezogenen Gutsbesitzer Ströbel. Die Kaserne ist ungefähr mit 25 SA-Leuten belegt, die dort schlafen und auch dort verpflegt werden. Bis vor einiger Zeit hing aus dem Dachgeschoß eine große Hafenkreuzfahne heraus, jetzt ist sie eingezogen. Zweifellos, um die Nazi-Kaserne besser zu tarnen. Ihre Bluttaufe vollzogen die Burken aus der Mohlstraße in der Nacht vom 27. zum 28. August. Damals beobachtete die „Wache“ vom Fenster aus das Gelände. Dabei bemerkten sie den vom Dienst kommenden 35jährigen Kraftwagenführer Selzer, der angeblich ein Sowjetabzeichen am Jackett trug. Sofort stürzten zehn der Landstrolche auf die Straße und schlugen den ahnungslosen Chauffeur nieder, der blutüberströmt zusammenbrach. Dabei war der Mann ohne jeden Grund überfallen worden, er hatte am linken Rockaufschlag lediglich ein Abzeichen seiner Automobilfirma, das einen roten Untergrund hat. Als dann die Polizei in der Nazi-Kaserne erschien, hatten sich die Mordbuben auf ihren Strohsäcken bereits wieder zur Ruhe gelegt. Obwohl

damals vier der Täter verhaftet wurden, hat sich an dem Betrieb der Kaserne nichts geändert.

### Tegeler Weg 7: Der Selbstmord des SA-Mannes

Um die Nazi-Kaserne in Charlottenburg, Tegeler Weg 7, schwebt das Geheimnis eines nie aufgeklärten Selbstmordes. Bis zum 30. September des vorigen Jahres ging in diesem Schlupfwinkel der Charlottenburger SA der 24jährige Bäcker Helmuth Gansert, der bei seinen Eltern in der Herschelstraße 4a wohnte, aus und ein. Am Abend des 29. September hatte er eine Auseinandersetzung mit seinen Parteigenossen, wobei er sagte: „Wenn so das Dritte Reich aussieht, dann schieße ich mir eine Kugel durch den Kopf!“ Am nächsten Morgen fand ihn seine Mutter tot im Bett auf. Er hatte seine Worte wahr gemacht.

Jetzt beträgt die Belegschaft der Kaserne Tegeler Weg 7 rund 24 Mann. Die Eigentümerin des Hauses ist eine Frau Amisrat Büttich, der Wohnungsinhaber heißt Raikowski. Es handelt sich um eine aus vier Zimmern bestehende Parterremwohnung. Ein Zimmer davon ist als Schreibstube eingerichtet, ein weiteres als Aufenthaltsraum für die Wache, die beiden anderen als Schlaf-

# Hetze gegen das Reichsbanner

## Stahlhelmer provozieren in Peitz - Fabrikbesitzer als Scharfmacher

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete am Sonntag in Peitz bei Guben einen „Republikanischen Tag“. Außer dem Peitzer Ortsverein beteiligten sich Kameraden aus Guben und Kottbus an der Kundgebung, die mit einem Aufmarsch auf dem Marktplatz ihren Beginn nahm. Kamerad Ruhle aus Berlin hielt eine Ansprache, in der er scharf aber sachlich mit den rechtsradikalen Terroristen abrechnete. Obgleich zahlreiche Gegner aus dem Marktplatz anwesend waren, verlief die Kundgebung ohne jede Störung und Zwischenrufe.

Nach der Rede Ruhles formierte sich das Reichsbanner zu einem Aufzuge durch die Stadt. Der Aufmarsch erfolgte durch die von der Peitzer Polizei genehmigten Straßenzüge. Vor der Villa eines Peitzer Stahlhelmführers kam es zu einem Zwischenfall, der von der Hugenberg-Presse zu einer infamen Hetze gegen das Reichsbanner benutzt wird. Etwa die Hälfte des Reichsbannerzuges hatte die Villa des Stahlhelmers, der Fabrikbesitzer ist, bereits passiert, als aus dem Garten, in dem der in republikanischen Kreisen als rechtsradikaler Provokateur bekannte Fabrikbesitzer Rehn mit mehreren Leuten Aufstellung genommen hatte, Schimpfworte und Schmährufe auf das Reichsbanner fielen. Unter den Schreibern befand sich, wie später festgestellt wurde, ein Graf Luckner.

### Der Herr Graf zog eine Pistole und richtete sie auf die Reichsbannergruppen.

Das ist von mehr als 20 Reichsbannerleuten beobachtet worden. Hatte sich bisher der Zwischenfall nur in gegenseitigen Jurufen abgespielt, war die drohende auf das Reichsbanner gerichtete Waffe gewissermaßen das Signal zu berechtigten Abwehrmaßnahmen. In größter Erregung versuchten einige Reichsbannerleute gegen die Stahlhelmer vorzugehen. Zu Tätschleiten kam es jedoch nicht, da die Polizei sofort eingriff. Leider war es dem

Mann mit dem Schießprügel gelungen, seine Waffe schnell in Sicherheit zu bringen, so daß die spätere polizeiliche Suche ergebnislos verlief. Der Vorfall hatte natürlich begriffliche Erregung der ohnehin unter dem ständigen rechtsradikalen Terror leidenden republikanischen Bevölkerung von Peitz hervorgerufen. Der ganze Zwischenfall dauerte knapp eine Viertelstunde, und selbst der Peitzer Polizeibericht sagt, daß niemand verletzt worden ist. Das aus Kottbus alarmierte Ueberfallkommando brauchte überhaupt nicht in Tätigkeit zu treten.

Wenn in der Hugenberg-Presse von einem Wüten der Reichsbannerhorden gesprochen wird, so ist das — gelinde gesagt — eine bewußte Entstellung und Verdrehung der tatsächlichen Vorgänge. Wenn Hafenkreuzler wehrlose Republikaner morden und wenn wegen hinterhältiger Mord- und Blutaten Hafenkreuzler dauernd vor Gericht stehen, findet die rechtsradikale Presse kein Wort der Verurteilung dieser Schandtaten. Wenn aber Republikaner Beleidigungen und tätliche Bedrohungen in berechtigter Abwehr zurückweisen, geht die Hetze lustig los. Agrarische journalistische Methoden richten sich im den Augen aller anständig denkender Menschen von selbst.

Wie wir erfahren, ist der Juniorschef der Textilfabrik Rehn Führer des dortigen Stahlhelms. Systematisch werden langsam alle Republikaner aus seinem Betriebe gedrängt und durch Nazis und Stahlhelmer ersetzt. Daß hierzu auch die Gründung eines gelben Gewerkschafts gehört, bedarf kaum einer Betonung. In jeder Weise wird die wirtschaftliche Uebermacht dieses nationalsozialistischen Arbeitgeberbundes ausgenutzt, um Republikaner zu terrorisieren. In einer alten, nicht mehr benutzten Fabrikhalle hielten die Stahlhelmer ständig geheime Uebungen ab. Der Regierungspräsident in Frankfurt a. O. oder ist von diesem Treiben in Kenntnis gesetzt worden und wird hoffentlich recht bald die notwendigen Maßnahmen treffen.

# WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN  
VON Felix Scherret.

49] Heinrichs Gesicht ist undurchdringlich. Er streicht kosend über seinen Bart.  
„hm. Da ist guter Rat teuer. Wenn dich der Hafer sticht...“ Heinrich kennt das labile seelische Gleichgewicht des Bruders. Ein unbedachtes Wort zeitigt katastrophale Wirkungen. Wir mühten einmal in Ruhe darüber sprechen. Kommst du morgen abend zu mir? Heute bin ich besetzt.“ Es ist der Tag, an dem Heinrich die Freundin trifft, ein spätes Mädchen, das seit Jahren auf den Antrag hofft.  
Schöne Gesicht, denkt Heinrich, als James gegangen ist. Also jetzt ist es so weit. Wilma hat tüchtig gearbeitet. Sieh' an, dieses Kleinbürgermädchen, dieses Proletarierkind will steigen, und James läßt sich mit dem größten Vergnügen als Leiter benutzen, er läßt noch die Füße, die auf ihm herumtrampeln. Kinder werden kommen. James ist mild auf Kinder. Vielleicht ist eins schon unterwegs. Wer kann es außer den Beteiligten wissen? Heinrich ist sonst genau orientiert. Er hatte Erkundigungen über Wilma und die Kofolsk eingezogen. Ueber jede Familienaffäre weiß er Bescheid. Man muß den Feind kennen, ehe man ihn angreift und vernichtend schlägt. Ist es schon zu spät? Hat er zu lange gezögert? Kinder werden kommen. Das ist die Hauptsache. Sonst könnten sich von ihm aus James, Fränze und Wilma in halber Gemeinschaft aushängen oder nach Australien auswandern. Kinder werden kommen. Das bedeutet, daß Harry nicht der zukünftige Herr von Ed. Silvester u. Söhne sein wird. Mag das Geschäft jetzt schlecht gehen, es wird sich wieder erholen, es wird bei besserer Konjunktur wachsen, blühen und gedeihen. Harrys Zukunft ist gesichert. Was würde sonst aus ihm werden? An eine reiche Heirat kann man bei dem Herrn, der von Heiraten nichts wissen will, kaum denken, und der Junge soll es gut haben, sich in ein warmes Nest setzen. Man hat doch Vatergehübe.  
Im Geschäft ist noch immer nichts zu tun. Die Bedie-

nung steht sich die Beine in den Leib, und Fräulein Schmidke lieft in ihrem Roman. Sie macht kein Hehl daraus.  
Harry wird den Getreidehandel erben. Für diese Beite hier ist er zu schade. Es heißt also, Winen legen, durch einen klugen Schachzug dem Gegner zuvorkommen und ihn mattsetzen. Heinrich stülpt den Hut auf, nickt seinem Personal zu und verläßt mit sorgengefalterter Stirn das Geschäft. Der Angriff hat von anderer Seite zu erfolgen. James muß von zwei Gegnern gefaßt und geschüttelt werden. Eine Frau läßt sich nicht so leicht aus ihrer Position verdrängen, sie kämpft darum und hält das Banner hoch.  
Fränze ist zu Hause. Heinrich wird von dem Mädchen in das Herrenzimmer geführt, wo Fränze auf dem Diwan liegt und liest. Sie ist trotz der milden Temperatur in eine schwere Wolldecke gehüllt.  
„Hoffentlich störe ich dich nicht.“ Heinrich gelingt es, ein freundliches, beinahe fröhliches Verwandtengesicht aufzusetzen. Wie sie wieder tut! Man kann James nicht verurteilen. „Ich kam vorbei und wollte sehen, wie es dir geht.“  
„Das ist sehr nett von dir.“ Fränze läßt das Buch sinken und reicht dem Schwager die Hand, die trocken und kalt ist. „Ach las im „Zauberberg“ von Thomas Mann. Das Buch kann ich immer wieder lesen. Du nimmst es mir doch nicht übel, wenn ich liegen bleibe.“  
„Ich bitte dich sogar darum, liebe Fränze.“ Heinrich läßt ihr tavalierhaft die Hand. „Nur keine Umstände!“ Meine Schwägerin macht sich Sorgen. Liegt vormittags auf dem Diwan und schmökert Romane. Es hat sich was mit ihrem Geist, und an die Wirtschaft scheint sie überhaupt nicht zu denken. Die Köchin versteht zu kochen. Damit Schlaf-Wilma würde anders sein.  
„Du trinkst sicherlich ein Glas Wein, Heinrich. Zigarren und Zigaretten stehen auf dem Rauchtisch.“ Sie klingelt dem Mädchen. „Ich fühle mich nicht wohl. Die Kälte ist kaum zu ertragen. Ich möchte gern in den Süden fahren, aber James hat jetzt keine Zeit, und allein will ich nicht fort.“  
Heinrich brummelt in seinen Bart und hantiert mit dem Zigarrenabschneider. Sie möchte in den Süden fahren. Wünsche hat die Dame! Und zwanzig Grad im Schatten nennt sie Kälte. Als ob sie eine spanische Prinzessin ist und nicht aus dem deutschen Nordosten stammt. Wie ist Manfred eigentlich zu dieser Schwester gekommen? Aber sie liebt James. Hier ist der Reibel anzusehen. Harry wird am Ende doch triumphieren, muß triumphieren, James darf sich

zehn Geliebte halten, doch Fränze bleibt die richtige Frau für ihn, jedenfalls im Hinblick auf Harry.  
Das Mädchen trägt eine Portweinflasche und zwei Kristallgläser auf einem silbernen Tablett.  
„Bringen Sie mir die Kamelhaardecke aus dem Schlafzimmer.“ Fränze spricht mit ihrem Mädchen höflich, aber mit betonter herrschaftlicher Ueberlegenheit. „Es ist schrecklich, daß die Häuser mit Zentralheizung im Mai nicht mehr heizen.“  
Heinrich schenkt ein.  
„Du müßt dich abhärten, Fränze, turnen, Gymnastik treiben. Ich glaube, dann würdest du dich wohler fühlen.“  
Fränze läßt sich wie ein krankes Kind von dem Mädchen in die zweite Decke wickeln. „Ich hab es versucht, aber ich vertrage es nicht.“  
Sie verträgt es nicht! Verdammt die Pimpel! Wie sie jetzt daliegt! Als ob sie sich in der Arktis zum Sterben vorbereitet. Wenn es nicht um Harrys Zukunft ginge, würde Heinrich dem Bruder raten: heirate Wilma! Er legte sie ihm sogar eigenhändig ins Braubett. Hat Fränzens Leben noch einen anderen Zweck, als ihre Mitmenschen mit edlem Duldergesicht zu malträtieren? Den ganzen Tag über tut sie nichts. Sie pflegt nur die Gedanken an ihr Leiden, das nicht einmal zu den schlimmsten gehört. Väterliches Betragen, erboßt sich Heinrich. Arbeiten müßte sie, und sofort wäre sie vernünftig und hätte ihre Schmerzen vergessen.  
„Ach möchte mit dir eine ernste Angelegenheit besprechen“, wendet er sich schroff an Fränze. „Deswegen bin ich gekommen. Es handelt sich um James!“  
Fränze hat bisher still dagelegen, ohne ein Glied zu rühren, eingesponnen in den Genuß der Wärme und der schönen Worte. James! Fränze richtet sich auf. Was ist mit ihm? Sie blickt den Schwager groß an.  
„Ich will zu dir ohne Umschweife reden. Du müßt die Wahrheit ertragen können.“ Heinrich setzt sich zu Fränze auf den Diwan. „Du kennst die Geschichte zwischen James und seiner Sekretärin...“  
„Rein“, wehrt Fränze ab. „Rein!“ Ihr Herz schlägt bis zum Hals. Sie ist sich nicht klar, warum sie leugnet.  
„Du weißt alles, darum rede bitte nicht!“ Heinrich wirkt wie ein unheil kündendes Gespenst. „Es wird jetzt ernst. James will sich von dir scheiden lassen und die andere heiraten. Man spricht davon schon in der Stadt. Sei also auf der Hut!“  
(Fortsetzung folgt.)

räume. Angemeldet ist die Kaserne als „gewerblicher Raum“. Der dort hausende Sturm hat die Nummer 31. Das Sturmlokal befindet sich in der Windener Straße 14. Dort ist auch die Küche, von der aus die Befehle verpflegt wird. Der Wirt dieses Sturmlokals ist ein zum Katholizismus übergetretener Jude.

Während nun in der Kaserne Tegeler Weg 7 ein ziemlich öffentlicher Betrieb herrscht, werden die beiden anderen Kaserne-Charlottenburgs, die sich in der Kaiserin-Augustia-Allee und in der Nordhauser Straße befinden, streng geheim gehalten. Der Führer des Sturms ist der Neffe eines katholischen Pfarrers, der mit seinem Motorrad die einzelnen Kasernekontrolliert.

### Kleinrieg mit Stennesleuten.

Der übrigens frühmorgens um 5 Uhr am Tegeler Weg entlang geht, kann sehen, wie die SA-Leute Mädels aus dem Fenster der Parterrewohnung herauslassen. Kurz danach fuhr dann immer ein logenannter Fabrik-Omnibus vor, in den 10 Mann der Befehls einstiegen. Es war leider nicht festzustellen, welcher Firma der Omnibus gehörte und wohin die Burschen fuhren. Seit einiger Zeit fährt das Auto nicht mehr vor. Der Terror der Befehls unruhigt die ganze Gegend. Man zieht vor die Wohnungen von Republikanern und droht ihnen, die Wohnung zu demolieren, pöbelt Passanten an, seinerzeit ist auch ein Sozialdemokrat niedergeschlagen worden. Allerdings magt man in dieser Kaserne nichts feine Posten auszustellen, da in dieser Ecke Charlottenburgs ein grimmiger Krieg zwischen Hitler- und Stennes-Leuten herrscht. Die Stennes-Leute würden die Hitler-Posten sofort verdrängen. Ihre Sprechabende veranstalten die Nazis in einem Lokal in der Taurogener-, Ecke Brahestraße.

## Tochter des Generaldirektors.

### Wie sie zu einer Betrügerin wurde.

Die Frau auf der Anlagebank ist auf dem besten Wege, eine gefährliche Betrügerin und Hochstaplerin zu werden. Sie ist jung und schön, hat bereits wegen Betrugsverbrechen vier Vorstrafen und befindet sich auf freiem Fuß. Sie ist Tochter eines bekannten Berliner Generaldirektors, hat bis zum 16. Lebensjahr das Lyzeum besucht, sich zur Krankenschwester ausgebildet, hatte einen Freund, den sie unterhalten haben will, und steht nun vor dem Richteramt mit einem reizenden einjährigen Knäblein auf dem Arm — um auf das Gericht Eindruck zu machen. Denn sie weiß, daß sie jung und schön ist...

Was hat sie nun wieder verbrochen, die ehemalige Lyzeumschülerin, Krankenschwester und Tochter des Generaldirektors? Schlimme Dinge sind es. Und es ist schwer zu glauben, daß sie das getan, wenn man sie so vor sich sieht mit dem kleinen Knäblein auf dem Arm.

Sie hat an eine Pelzfirma unter dem Namen eines bekannten Arztes angerufen und gebeten, ihr, der Frau dieses Arztes, einen Pelzmantel in die Wohnung zu schicken. Und der Pelzmantel war pünktlich zur Stelle. Oder sie rief ein bekanntes Wäschegeheim an, ließ sich, wieder die Frau des bekannten Arztes, eine Wäscheendung in die Wohnung schicken und nahm die Sendung in der Wohnung dieses Arztes in der gleichen rätselhaften Weise in Empfang. Als Homöopathin hielt sie Vorträge über Gesundheitstee — „ein ganz vorzüglicher Tee“, sagte eine Zeugin vor Gericht — nebenbei verkaufte sie auch den Tee an ihre Anhänger, bestellte gleich einen ganzen Waggon und erhielt von einer Kundin 100 Mark Anzahlung. Der Waggon Tee existierte natürlich nur in der Phantasie der Homöopathin, die 100 Mark gingen natürlich für ganz andere Zwecke hin.

Das also hatte diese Frau getan. Wie sie zur Betrügerin geworden, erfährt man im Gerichtsprotokoll nicht. Man erfährt eigentlich überhaupt nichts; vielleicht war die Angelegenheit sämtlichen Beteiligten allzu peinlich. Sie sagte aber nur das eine: „Ich habe das nicht für mich getan, ich hole nur immer für andere die Kaffianen aus dem Feuer.“

Das Gericht ging über den sehr milden Antrag des Staatsanwalts — drei Monate Gefängnis — hinweg und verurteilte die hoffnungsvolle junge Frau zu vier Monaten Gefängnis.

## Eifersuchtstat im Berliner Norden.

### Die Geliebte niedergeschossen. — Täter festgenommen.

In der Dudenarderstraße 8 spielte sich gestern nachmittags eine blutige Eifersuchtstragedie ab.

In dem Hause hat die 36 Jahre alte Witwe Ida Blunt ein Zigarrengeschäft. Vor wenigen Wochen machte Frau B. die Bekanntschaft des 31jährigen Angestellten Max Pirsch. Da der Mann ohne Wohnung und Beschäftigung war, nahm ihn die Witwe bei sich auf. Das Zusammenleben der beiden gestaltete sich nicht glücklich, da Pirsch der Frau fortwährend Eifersuchtszenerien machte. Auch gestern kam es wieder zu einem ereignisreichen Auftritt. Pöhllich zog der Mann eine Pistole hervor und stieß seine Geliebte durch einen Bauchschuß nieder. Durch die Hilfschreie der Frau eilten Passanten hinzu, die den Täter festhielten und ihn der Polizei übergaben. Die Schwerverletzte fand im Birkow-Krankenhaus Aufnahme.

## Biers chirurgische Klinik wird geschlossen.

Als Folge der Sparmaßnahmen wird die Erste chirurgische Klinik der Berliner Universität am 1. April geschlossen werden. Es handelt sich um die Klinik des Geheimrats Bier. Die chirurgische Klinik Professor Sauerbruchs bleibt jedoch bestehen. Es ist beabsichtigt, die Erste chirurgische Klinik als Poliklinik weiterzuführen.

## Sozialistische Studentenschaft treu zur Partei.

Von den verantwortlichen Funktionären der Sozialistischen Studentenschaft wurde folgender Beschluß einstimmig gefaßt: „Die Sozialistische Studentenschaft steht nach wie vor treu und geschlossen zur Sozialdemokratischen Partei.“

## Politische Polizei in der Hedemannstraße.

Beamte der Politischen Polizei erschienen am Montagnachmittag in der Berliner Hafentempel-Zentrale in der Hedemannstraße, um in den Mitgliederlisten nachgewordene Feststellungen zu machen. Die Aktion steht im Zusammenhang mit einem Disziplinarverfahren, das gegen einen Schutzbeamten schwebt. Die Durchsuchung dauerte etwa eine Stunde.

Trauerfeier für Professor Grotjahn. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte veranstaltet heute im Saal V des Preussischen Landtags um 20 Uhr eine Trauerfeier für Prof. Alfred Grotjahn. Parteigenossen als Gäste willkommen.

# Ueber Mietverträge.

## Baukostenzuschüsse. — Zentralheizung. — Schönheitsreparaturen.

Genosse Dr. B. Borchardt schreibt uns:

Im „Vormärts“ vom 11. Juli hatte ich in einer Notiz „Moderne Mietverträge“ die Mietverträge in Häusern einer Gesellschaft geigelt, die mit Hauszinssteuer erbaut waren, auf die also die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft Einfluß hat, die aber trotzdem in verschleierter Form die Mieten erhöhen, indem Leistungen, die normalerweise dem Hauswirt obliegen, durch „unanfechtbaren Vertrag“ dem Mieter aufgebürdet werden.

Die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft ist dem Fall in dankenswerter Weise nachgegangen und ersucht mich, auf Grund ihrer Feststellungen die Notiz zu berichtigen oder zu ergänzen, wozu ich sehr gern bereit bin. Ich hatte gerügt, daß durch Baukostenzuschüsse, die nicht auf die Mieten verrechnet werden, ein Teil der Baukosten dem Mieter aufgebürdet werden. Hierzu bemerkt die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft, sie habe das gemacht, weil die auf dem freien Markt erhältlichen Hypotheken, die Hauszinssteuer-Hypotheken und das vom Bauherrn beizubringende Eigenkapital zur Deckung der Herstellungskosten nicht ausreichten; doch habe sie die Mieterzuschüsse bei der Kalkulation der Mieten berücksichtigt.

Weiter hatte ich gerügt, daß bei der Zentralheizung nicht nur die Kohlenkosten, sondern darüber hinaus auch die Kosten für den Heizer auf die Mieter umgelegt werden, diese also einen erheblichen Teil der Entlohnung des Hauswarts tragen müssen. Auch hiergegen hatte die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft nichts einzuwenden, denn „der vom Bauherrn in die Kalkulation einzuführende Betrag für die Bewirtschaftung bleibe noch unter dem für Häuser ohne Zentralheizung und ohne Warmwassererwärmung maßgebenden Durchschnittssatz.“

Im übrigen betont die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft — und das dürfte für viele Mieter wichtig sein —, daß die von ihr bewilligten Mieten nicht über die Mieten der umliegenden Häuser hinausgehen dürfen, „auch wenn in den Mietverträgen andere Vereinbarungen enthalten sind.“ In dem besonderen von mir gerügten Falle, den ich ihr namhaft gemacht hatte, hat sie sich mit dem Hauseigentümer in Verbindung gesetzt und von diesem die Erklärung erhalten, daß er von den andern von mir gerügten Vertragsbestimmungen keinen Gebrauch machen werde, er werde also die Schönheitsreparaturen und die andern im allgemeinen dem Vermieter obliegenden Reparaturen, wie beispielsweise die Befestigung von Rohrbrüchen, die Erhebung von durch höhere Gewalt zerbrochenen Fensterscheiben usw. entgegen den ausdrücklichen Vertragsbestimmungen selbst tragen. Auch werde er, trotzdem der Vertrag das Gegenteil befaßt, die gegenwärtigen Mieten nicht als Mindestmieten festhalten, wenn der Mietsatz für

derartige Räume während des Laufes des Vertrages von der Wohnungsfürsorge-Gesellschaft geringer festgesetzt werden sollte.

Diese Erklärungen der Wohnungsfürsorge-Gesellschaft gegenüber sind recht dankenswert. Ob aber alle Mieter der betreffenden Häuser davon Kenntnis erhalten und ob sie nicht im Streitfalle von einem Gericht dem „unanfechtbaren Vertrag“ gegenüber als unerheblich angesehen werden? Der einzelne Mieter einer Neubau-Wohnung steht dem Vermieter ziemlich hilflos gegenüber, teils weil er froh ist, die Wohnung zu erhalten, die, wenn er Schwierigkeiten wegen der gedruckten Vertragsbestimmungen macht, an einen andern gegeben wird, zum großen Teil aber auch, weil er sich über die Tragweite der von ihm unterschriebenen Vertragsbestimmungen sehr oft völlig unklar ist. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft in allen Fällen, in denen sie eine rechtliche Handhabe dazu hat, darauf dringen würde, daß derartige Vertragsbestimmungen aus den gedruckten Vertragsformularen verschwinden.

## Gegen die Kündigung der Junglehrer.

In einer Elternversammlung der 13. Volksschule in Charlottenburg wurde in einer Protestkundgebung gegen die Sparmaßnahmen eine Entschliebung angenommen, in der es heißt:

Wir Eltern fordern die Rücknahme der Kündigungen, weil gerade die jungen Lehrer der Schule die Seele, das puffernde, frische Leben geben, weil sie am engsten mit Kindern und Eltern verknüpft sind und im besten Mannesalter stehen, ihre volle Arbeitskraft der Jugend zur Verfügung stellen. Eine noch größere Belastung der älteren Lehrer lehnen wir energisch ab, weil unsere Kinder wieder die Leidtragenden sind. Wir fordern weiter als Eltern und Staatsbürger Schutz und Förderung unserer Kinder, wenn wir nicht jeglichen Glauben und alles Vertrauen an die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte verlieren sollen.

Wenn getpart werden soll und muß, dann auf allen anderen Gebieten, nur nicht auf dem Gebiet des Schulwesens.

Genosse Richard Siegert, Lichtenberg, Kronprinzenstr. 20a, bittet uns mitzuteilen, daß er mit dem aus der Partei ausgeschlossenen Richard Siegert nicht identisch ist.

Wetterausichten für Berlin. Meist bewölkt und mild, zeitweise Bewölkungsabnahme, vereinzelt Regen, südwestliche Winde. — Für Deutschland: Im Süden und Südosten beständig und vielfach heiter, nachts Frostgefahr, im Norden und Nordosten meist bewölkt, vereinzelt Regen.

## Achtung, Abteilungsleiter!

Im Monat Oktober fallen sämtliche Zahlende aus. — Dafür finden Abteilungs-Mitgliederversammlungen statt. — Die Referentenvermittlung erfolgt nur durch das Bezirkssekretariat. Der Bezirksvorstand.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten. Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe! Zeitungskommission Groß-Berlin.

- Dienstag, 6. Oktober, 19 1/2 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engel- ufer 24-25, Versammlung sämtlicher Zeitungskommissionsmitglieder. Vortrag: „Die Presse in der Wirtschaftskrise“. Referent: Otto Reier, M. 2. 2.
- Heute, Dienstag, 6. Oktober.
- 5. Kreis. Gewerkschaftenversammlung im Heim Tilsiter Str. 4-5 von 15-18 Uhr. Den unterhaltenden künstlerischen Teil bestreiten zwei Gesangsvereine von der Arbeiter-Studenten-Union. Musik, Gesang, Rezitation. — Ab 11. Oktober, 20 Uhr, richten wir für den Kreis Friedrichshagen Radionachrichten (Deutsche Werke) ein. Teilnehmer kostenlos, Teilnehmerzahl beschränkt, daher (sorgfältige) vorherige Anmeldung beim Genossen Sobranoff, Remeler Str. 13.
- 13. Kreis. Gruppe junger Parteigenossen: Im Jugendheim Lyzeum Tempelhofer Park, Hermannstr. 4 (Eingang Götterstraße), Gregor Bierfeld, „Frankreich und Deutschland“. Insbesondere sind die alten Kursteilnehmer eingeladen.
- 8. Abt. Die erwerbslosen Genossen werden gebeten, ihre Adresse sowie Dauer der Arbeitslosigkeit bei Richter, Steinmetzstr. 30a, umgehend anzugeben.
- 12. Abt. Die Parteimitglieder liefern umgehend die Adressen der erwerbslosen Parteigenossen beim Genossen Wenzel ab.
- 22. Abt. 20 1/2 Uhr engerer Vorstandssitzung bei Kromphardt, Paul-Singer-Str. 49.
- 56. Abt. Achtung, Gruppe junger Parteigenossen! Wir treffen uns heute zur öffentlichen Versammlung schon um 19 Uhr bei Bierfeld.
- 71. Abt. Funktionäre und Streikführer bei Frau, Hildegardestr. 14.

## Morgen, Mittwoch, 7. Oktober.

- 1. Kreis. 15 Uhr Jugendheim Waisenstr. 18, mußfristlicher Nachmittag. Erwerbslose Genossen und Genossen sind eingeladen.
- 2. Kreis. Kreismitgliederversammlung in den Arminiusgärten, Bremer Straße 72-73. Referat des Genossen Johannes Stelling, M. 2. 2.
- 3. Kreis. 19 Uhr Kreisversammlung bei Wende, Ralmsstr. 147. — Zusammenkunft aller jungen Parteigenossen und -genossen sowie der Kursteilnehmer im großen Saal der Hochschulgaststätte. Vortrag des Genossen Alexander Stein: „Jugend, Partei und Sozialismus“; anschließend Aussprache. Ausweis: Mitgliedbuch. Eintritt frei.
- 7. Kreis. 12. Jahrgruppe des Deutschen Freidenkerbundes: Funktionäre bei Raffabe, Renner Str. 10.
- 8. Kreis. Kreismitgliederversammlung in Rado, Dismard-Gärten, Feldstraße. Genosse Georg Wenzel spricht über „Die Spalte innerhalb der Partei“. Beginn 20 Uhr.
- 14. Kreis. Bildungsausschuß: Sitzung im Parteibüro. Wichtige Tagesordnung.
- 2. Abt. Zusammenkunft der Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten im Lokal Rungestr. 20.
- 9. Abt. Alle Genossinnen und Genossen nehmen an der Kreismitgliederversammlung in den Arminiusgärten, Bremer Straße, teil.
- 17. Abt. 20 Uhr Zusammenkunft junger Parteimitglieder bei Klinge, Selterstraße 14.
- 27. Abt. Zusammenkunft der jungen Parteigenossen Volksgemeinschaft Steinstraße 15. Politische Fragen der Gegenwart.“
- 28. Abt. 20 Uhr Zusammenkunft der jüngeren Parteigenossen bei Kling, Dismardstr. 71.
- 51. Abt. 20 Uhr Abteilungsleiterbesprechung bei Jamin, Sophie-Charlotte-Straße 88.
- 54. Abt. 20 Uhr Funktionärenversammlung bei Bierfeld, Kantstr. 62. Wichtige Tagesordnung. Besprechungsgegenstände werden besonders genau eingeleitet.
- 74. Abt. 20 Uhr Funktionärenversammlung bei Jamin, Kantstr. 62.
- 78. Abt. Zusammenkunft aller jungen Parteigenossen und -genossen bei Christ (früher Langhans), Oberstr. 40. 20 Uhr. Genosse Dr. Hans Cohn spricht über „Die wirtschaftliche und sozialpolitische Lage Deutschlands und die deutsche Arbeiterklasse“.
- 83. Abt. Funktionärenversammlung um 20 Uhr bei dem Genossen Rasenthal, Händelplatz 2, zu welcher auch alle Wohlfahrtsleiter eingeladen sind.
- 87. Abt. Die Mitgliederversammlung läßt umfänglich aus und findet heute am 14. Oktober statt.
- 90. Abt. Gruppe junger Parteigenossen: 20 Uhr Zusammenkunft bei Zeffler, Weichselstr. 62. Offizieller Parteitag. Genossen Rothilde Wurm spricht über „Die Sozialdemokratie und ihre politischen Aufgaben“.
- 92. Abt. Zusammenkunft der jüngeren Parteigenossen Jugendheim Tempelhofer Straße 16. „Was bis andere fragen“, eine politische Zeitungschau.
- 93. Abt. Funktionärenversammlung bei Jäger, Tempelhofer Str. 15. Sitzungsausschuß 1/2 Stunde früher (19 Uhr).
- 95a. Abt. Gruppe junger Sozialdemokraten: Satirischer Abend in der Halle am Hufeisen.
- 106a. Abt. Sitzung aller Funktionäre bei Schulz, Bahnhofsstr. 34.
- 114. Abt. Wichtige Funktionärenversammlung bei Krenz, Neue Bahnhofsstr. 26.

- 121. Abt. Die Funktionärenversammlung findet umfänglich am Mittwoch, 7. Oktober, nicht statt.
- 122. Abt. 20 Uhr bei Pätzsch, Warschauer Str. 31, wichtige Funktionärenversammlung.
- 124. Abt. Funktionärenversammlung bei Anders, Bahnhofsstr. 97.
- 127. Abt. Arbeitskreis junger Parteigenossen: 20 Uhr Lokal Schöne, Berliner Straße 97, erste Zusammenkunft. Vortrag und Aussprache.

## Freitag, 9. Oktober.

- 91. Abt. Arbeitskreis junger Genossen: Restaurant Schreiber, Flughafenstr. 7. Referent Genosse Falk über „Arbeitsbeschaffung, Währung und Wirtschaftspolitik“.

## Frauenveranstaltungen.

- 13. Abt. Der für den 8. Oktober angelegte Frauenabend muß ausfallen.
- 134. Abt. Mittwoch, 7. Oktober, 20 Uhr, bei Sonnen, Part. - Ecke Scheunweg, gemütliches Beisammensein.

## Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

- 7. Kreis. Mittwoch, 7. Oktober, 17 Uhr, Jugendheim Köpenicker Str. 4, Sitzung der Arbeiterwohlfahrt. Kr. Wahl.
- 12. Kreis. Donnerstag, 8. Oktober, 20 Uhr, im Sitzungszimmer Poststr. 42, Rathaus, Aussprache über die Winterhilfe.
- 17. Kreis. Dienstag, 8. Oktober, Vorstandssitzung mit den Abteilungsleitern der Arbeiterwohlfahrt, Rathaus, Wollanstr. 6, Zimmer 31, nicht wie angegeben am 3. Oktober. Erscheinen ist Pflicht. Die AB-Hefte sind abzurufen.

## Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrerinnen und Lehrer, Bezirksgruppe Berlin.

6. und 7. Oktober Vorlesung in der Volkshäuser „Kampf um Wissen“. Für unsere Mitglieder Kostlos zum Preise von 2,20 M. an der Theatervorstellung.

## Sozialistische Studentenschaft Deutschlands und Oesterreichs Ortsgruppe Berlin.

Politischer Ausspracheabend am Donnerstag, 8. Oktober, 20 Uhr. Genosse Dr. Klabi Gurland spricht über „Antisozialismus und Parteieinheit“ im „Licht“, Berlin NW 6, Albrechtstr. 11 (Gartenhaus 2 Tr.).

## Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

- Kreis Mitte, Gruppe Kottbus: Mittwoch, 7. Oktober, Baden, Treffpunkt 17 1/2 Uhr. Freitag, 9. Oktober, Rote Falken: Aussprache; Jungfrauen: Spielen und Baden.
- Kreis Kreuzberg: Kollernversammlung der Rot-Falken im Heim Hoffmeisterstr. 3, Zimmer 1 und 2, von 18-20 Uhr, am Donnerstag, 8. Oktober.
- Kreis Neukölln, Gruppe Kurt Eisner: Während der Ferien sind wir im Jugendheim Tempelhofer Str. 9-10 immer Dienstags und Freitags von 17 bis 19 Uhr, 37. und 37.
- Kreis Friedrichshagen: Die für Mittwoch, 7. Oktober, angelegte K.-S.-Versammlung muß umfänglich auf Dienstag, 13. Oktober, 20 Uhr, Jugendheim Tempelhofer Str. 9-10, verschoben werden. Für die K.-S.-Fahrt am 17. 18. und 19. Oktober muß sofort Einbindung bei den Gruppenleitern abgegeben werden. Kosten einschließlich Getränke 2,20 M. Unsere Rollen und Jungfrauen befinden die Turn- und Sportvereine. Auskunft bei den Gruppenleitern. Mittwoch, 7. Oktober, 18 Uhr, alle Falken Lichtbilderabend: „Peter Stoll“. — Gruppe Landsberger Weg: Gruppenfahrt nach Lehmitz 9. bis 12. Oktober. Rollen für Fahrt und Schlafen bei voller Verpflegung 4 M. Treffen Freitag 17 Uhr Falkenberg. Rückkehr Montag gegen 18 Uhr. Werbung und Anzahlung sofort in der Gruppe. Rollen anderer Gruppen können teilnehmen.
- Kreis Lichtenberg, Gruppe Kahlisdorf: Mittwoch, 7. Oktober, Ausflug nach Gerner. Treffpunkt 7 1/2 Uhr Kohnenweg (über 8 Uhr Bahnhof Kahlisdorf). Umkosten 50 Pf.

## Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 27. Abt. Unser Genosse Bende, Sonnenburger Str. 1, ist verstorben. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet Dienstag, 6. Oktober, 15 Uhr, auf dem Gethsemane-Friedhof in Nordend statt. Wir bitten um rege Beteiligung.
- 88. Abt. Unser Genosse Hans Gröndler, Rurilsenstr. 30, ist am 2. Oktober unerwartet im Krankenhaus im Alter von 47 Jahren verstorben. Ehre ihrem Andenken! Beerdigung Mittwoch, 7. Oktober, 17 1/2 Uhr, Krematorium Wilmersdorf. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

# 29745 Ärzte-Gutachten!

Jede Bohne Qualität jeder Tropfen Genuß jede Tasse Gesundheit das ist Kaffee Hag!

In jedem Paket ein Gutschein. Im Weihnachtsmonat 1931 auf 40 Gutscheine 1 imit „Altblaub“-Dose mit Kaffee Hag gratis

# Krise der Zahlungsbilanzen.

## Wie die Krise entstand.

Es ist wohl allgemein bekannt, daß in den letzten Jahren das Gold ständig und in großen Mengen nach USA und nach Frankreich floß. Nach dem, was hier über den Ausgleich der Zahlungsbilanzen gesagt wurde, muß man daraus die Schlussfolgerung ziehen, daß einige Länder ihre passiven Zahlungsbilanzen nicht anders als durch die Abgabe des Goldes ausgleichen konnten, während USA und Frankreich stark aktive Zahlungsbilanzen hatten, die durch die Einfuhr des Goldes ausgeglichen wurden. Wir wollen zunächst feststellen, wie es mit dem Goldstrom nach Amerika war.

Wenn wir die amerikanische Zahlungsbilanz für 1927 betrachten, so sehen wir, daß die USA in diesem Jahre insgesamt Gold für 154 Millionen Dollar (rund 650 Millionen Mark) abgegeben haben. Es wurde zwar nur für 6 Millionen Dollar Gold mehr ausgeführt als eingeführt. Der größere Teil des von den USA verkauften Goldes blieb liegen wo es war, also in den amerikanischen Kellern, aber als Eigentum anderer Länder. 1928 haben die USA wiederum für 272 Millionen Dollar (rund 1150 Millionen Mark) abgegeben und haben darüber hinaus einen Teil des früher verkauften Goldes ausgeführt, so daß die Goldausfuhr um 392 Millionen Dollar (1570 Millionen Mark) größer als die Goldzufuhr war. In dem gleichen Jahre setzte aber schon ein Umschwung ein. In den ersten sieben Monaten (Januar bis Juli) betrug der Ausfuhrüberschuss des Goldes 436 Millionen Dollar, während in den letzten fünf Monaten schon ein Einfuhrüberschuss von 44 Millionen Dollar da war.

Seitdem hat der Goldstrom seine Richtung scharf geändert: das Gold floß in großen Mengen den USA zu. 1929 betrug schon der Einfuhrüberschuss des Goldes nach den USA, in Goldmark umgerechnet, 735 Millionen und 1930 bereits 1180 Millionen Mark.

Es fragt sich nun, wodurch dieser Umschwung zu erklären ist. Um die Antwort zu finden, brauchen wir nicht alle einzelnen Zahlungen von Amerika und nach Amerika zu prüfen, sondern nur diejenigen, die sich wesentlich geändert haben. So war z. B. die amerikanische Handelsbilanz 1929 und 1930 stark aktiv, aber nicht stärker als 1928. Amerika hat mehr Waren verkauft als gekauft. Dieser Ausfuhrüberschuss, der bei einigen anderen Ländern als Einfuhrüberschuss in Erscheinung trat, wurde aber 1928 mehr als ausgeglichen, so daß Amerika 1928 noch Gold abgeben mußte. Ganz anders war es mit dem Kapitalstrom. 1928 hat Amerika sehr viele Anleihen und kurzfristige Kredite gegeben, so daß, wenn man die Kapitalbewegung von Amerika mit der nach Amerika vergleicht, die reine lang- und kurzfristige Kapitalzufuhr aus den USA 1928 schätzungsweise rund 900 Millionen Dollar betrug, dagegen 1929 nur etwa 300 Millionen Dollar und 1930 etwa 700 Millionen Dollar.

Der Umschwung bestand darin, daß weniger amerikanisches Kapital im Ausland und mehr ausländisches Kapital in Amerika angelegt wurde.

Deshalb ging einigen Ländern die Möglichkeit verloren, ihre Zahlungsbilanzen durch amerikanische Anleihen auszugleichen, und sie mußten ihr Gold nach Amerika schicken.

Der hier geschilderte Umschwung fand während des stürmischen Aufschwungs der amerikanischen Wirtschaft statt. Es schien viel versprechender, das Geld in Amerika selbst anzulegen (investieren), als es nach dem Ausland zu schicken, zumal man in Amerika glaubte, daß der wirtschaftliche Aufschwung in USA kein Ende finden würde, während die Lage im Ausland als unsicher angesehen wurde. Gleichzeitig entwickelte sich die wildeste Spekulation.

Durch die Aussicht auf riesige und mühelose Börsengewinne wurde auch das Geld vom Ausland nach Amerika angezogen.

Es geschah also genau das Gegenteil dessen, was notwendig war, um verschiedenen Ländern die Bezahlung der amerikanischen Waren und der Zinsen für früher abgeschlossene Anleihen zu ermöglichen, und diese Länder mußten zum letzten Ausgangesmittel, nämlich zum Verkauf des Goldes greifen. Nachdem die Krise ausgebrochen war, wurde 1930 aus Amerika zwar wiederum mehr Kapital ausgeführt, es entstand aber allmählich eine ganz allgemeine Angst vor irgendwelcher Festlegung des Geldes. Zugleich entstanden bei vielen Ländern neue Schwierigkeiten, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Bekanntlich setzte die Weltkrise mit dem Preissturz für Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse ein. Die Länder, die auf die Zufuhr dieser Waren in starkem Maße angewiesen sind, haben dadurch

eine katastrophale Verschlechterung ihrer Zahlungsbilanzen erlitten, so z. B. Argentinien (Weizen), Australien (Wolle), Brasilien (Kaffee), Japan (Rohseide), und die Folge war der Goldabfluß aus diesen Ländern. So hat Argentinien vom Ende des Jahres 1923 bis Januar 1931 Gold für 890 Mil-

lionen Mark verloren, Australien vom September 1929 bis Ende 1930 für 185 Millionen Mark, Brasilien hat vom November 1929 bis Januar 1931 sein ganzes Geld, nämlich 640 Millionen Mark, verloren und Japan seit Ende 1929 bis Ende 1930 550 Millionen Mark. Ähnlich war die Entwicklung auch in einigen Ländern von geringerer Bedeutung für den Weltverkehr (Mexiko, Kolumbien, Bolivien usw.). Für die starke Aktivität der amerikanischen Zahlungsbilanz war noch bis zum Juli 1931 von Bedeutung, daß

### ein großer Teil der Reparationen

auf dem Wege über die interalliierten Schulden nach Amerika floß. Dasselbe galt auch für Frankreich. Frankreich hat zwar eine passive Handelsbilanz, bekommt aber auch sehr viel vom Ausland in der Form der Ausgaben der ausländischen Reisenden. Wenn ein gewisser Fehlbetrag nach der Abrechnung des Warenhandels und verschiedener Leistungen (Schifffahrt, Versicherung, Touristenausgaben) übrigbleibt, so wurde er mehr als ausgeglichen durch die Bezahlung der Zinsen für das im Ausland angelegte französische Kapital und durch die Reparationen. Die französischen Sparer haben eine besonders starke Abneigung gegen die Anlage ihres Geldes im Ausland. Sie haben noch nicht vergessen, daß jenseits viele Milliarden, die vor dem Kriege in Rußland angelegt wurden, völlig verloren gegangen sind. Sie widerstreben sich aus politischem Misstrauen namentlich gegen die Anlagen ihres Geldes in Deutschland. Die Folge war, daß der Ueberfluß an Zahlungen nach Frankreich in Form der Goldabgabe geleistet wurde.

Seit Ende 1928 bis Januar 1931 haben die Goldvorräte in Frankreich um 3,9 Milliarden Mark zugenommen.

Französische Banken haben sich zwar an der Gewährung des Geldes an verschiedene Länder beteiligt, zum größten Teil aber in Form von kurzfristigen, zu jeder Zeit abzurufbaren Krediten, in sehr vielen, vielleicht in den meisten Fällen nicht direkt, sondern durch die englischen, amerikanischen, holländischen und schweizerischen Banken. So bekam z. B. Deutschland die Kredite von England, die zum Teil aus von englischen Banken in Frankreich geliehene Geld darstellen. Bei jeder politischen Beunruhigung trugen die französischen Banken der Neurosituation ihrer Einleger Rechnung und verlangten einen Teil des nach dem Ausland ausgeliehenen Geldes zurück. Auf diese Weise ist allmählich eine vollkommene Unsicherheit entstanden. Wenn, sagen wir, die englischen Banken plötzlich größere Summen nach Frankreich zurückzahlen müssen, so sind sie gezwungen, auch selbst einen Teil ihrer nach dem Ausland gegebenen Kredite zurückzufordern.

Nach den deutschen Wahlen vom 14. September 1930 verbreitete sich die Neurosituation der Geldgeber weit über Frankreich hinaus.

Seit jener Zeit wurde die Krise der Zahlungsbilanzen auch für viele europäische Länder akut. Wir brauchen hier nicht die weitere Entwicklung der Verbreitung dieser Krise auf Oesterreich und Deutschland noch im einzelnen zu behandeln. Sie ist bekannt. Wenn aber die englische Krise so rasch der deutschen folgte, so ist das dadurch zu erklären, daß auch England schon seit längerer Zeit eine schwere Krise seiner Zahlungsbilanzen hatte, die es in den beiden letzten Jahren nur durch die Aufnahme ausländischer kurzfristiger Kredite überstehen konnte.

G. Decker.

## Sozialisierung des Risikos.

### Das Reich in der Kreditversicherung.

Die neue Rotverordnung der Reichsregierung, über die bereits vor der programmatischen Rede des Reichsfinanzministers im Reichsrat Einzelheiten durchgesiebert sind, wird auch eine Maßnahme der Regierung enthalten, die größte Ueberraschung und erhebliches Bestremden erregen muß. Aus Grund der Rotverordnung wird das Reich nämlich das Kreditrisiko der privaten Kreditgewährung im Wege der Rückversicherung übernehmen. Da die Hermes-Kreditversicherungsbank A.-G. in diesem Geschäftszweig ein Monopol in Deutschland besaß, handelt es sich bei der vorgesehene Maßnahme des Reiches darum, das Risiko der Rückversicherung bei der Hermes A.-G. zu übernehmen.

Die Hintergründe zu diesem überraschenden Schritt des Reiches liegen darin, daß das Geschäft in der Kreditversicherung seit längerer Zeit fast zu einem Nichts zusammengeschrunpft ist, weil mit der zunehmenden Unsicherheit der allgemeinen Wirtschaftslage selbstverständlich das Kreditrisiko ständig wuchs. Die Interessenten, die großen Versicherungskonzernen, haben infolge der allgemeinen Kreditunsicherheit in Deutschland sehr schnell ein Haar in diesen Geschäften gefunden und sich mehr und mehr davon zurückgezogen. Da die nahezu völlige Stilllegung des Kreditversicherungsgeschäftes selbstverständlich Rückwirkungen auf die allgemeine Umlaufkraft der Wirtschaft gehabt hat, haben die interessierten Stellen das Reich jetzt veranlaßt, seinerseits dieses Versicherungsrisko zu übernehmen. Weil also den

großen Versicherungskonzernen wie der Allianz das Eisen der Rückversicherung zu heiß geworden ist, hält man das Reich gut genug, sich hieran die Hände zu verbrennen. Praktisch hat der Allianzkonzern, der in seinem Jahresabschluss für 1930 aus der Rückversicherung bei der Hermes-Kreditversicherungsbank einen Verlust von rund 775 000 M. ausgewiesen hat, seit Beginn dieses Jahres seine Verbindungen zu diesen Geschäften gelöst. Es wiederholt sich hier das gleiche Spiel, das der Kapitalismus in Deutschland auf allen anderen Wirtschaftsbereichen meistens mit Erfolg versucht hat. Bei Verlusten und risikoreichen Geschäften für Sozialisierung — bei den Profitten für freiesten Kapitalismus.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit nur daran erinnern, mit welchem Eifer die Führer der großen privaten Versicherungskonzerne gegen ein Eingreifen des Staates in die Geschäftstätigkeit der privaten Versicherung protestiert haben. Jetzt aber halten sie das Reich für gut genug, ihnen das Geschäft abzunehmen, bei dem in der gegenwärtigen Krise das stärkste Risiko verantrtet ist, während bei den Interessenten ein Sturm der Entrüstung ausbrechen würde, wenn das Reich diesem, wie wir glauben, unglücklichen Schritt weitere Maßnahmen zur Sozialisierung des Versicherungsgewerbes folgen lassen würde.

Man wird wahrscheinlich in den beteiligten Reichsstellen darauf hinweisen, daß die Ausfallbürgschaft, die das Reich bei der Exportversicherung übernommen hat, keine Verluste nach sich gezogen hat. Diese günstige Erfahrung des Reiches im Versicherungsgeschäft kann man aber unter keinen Umständen zum Maßstab für die jetzt vorgesehene Einschaltung in das Kreditversicherungsgeschäft machen. Bei der gegenwärtigen Situation liegt jedenfalls die Befürchtung sehr nahe, daß im großen Umfang Reichsmittel beansprucht werden, die den Etat aufs neue schwer belasten.

## Die Reform der Sparkassen.

### Notverordnung regelt die Anlagepolitik.

In der bevorstehenden Notverordnung der Reichsregierung, deren Veröffentlichung morgen zu erwarten ist, werden auch Vorschriften über die Anlage- und Liquiditätspolitik der Sparkassenorganisationen enthalten sein. Nach den Erklärungen, die der Reichsfinanzminister und der preussische Innenminister Seegering kürzlich auf der 50jährigen Festigung der deutschen Sparkassenverbände abgaben, werden die in der Notverordnung enthaltenen Bestimmungen keine sonderliche Ueberraschung bringen.

Zunächst werden sämtliche Sparkassen, die bisher selbstständig waren, eine eigene Rechtspersönlichkeit erhalten. In der Liquiditätspolitik wird, wie wir hören, die Notverordnung bestimmen, daß die Sparkassen von den reinen Spareinlagen 30 Proz. und von den sonstigen Einlagen 50 Proz. flüssig halten. Von den Spareinlagen sind mindestens 10 Proz. und von den anderen Einlagen 20 Proz. bei der zuständigen Girozentrale als Liquiditätsreserve zu unterhalten. Nach der bisherigen Sachung waren nur 30 Proz. sämtlicher Spareinlagen einschließlich der Giroeinlagen flüssig anzulegen. Auch bei der Realcreditgewährung wird der Anlagepolitik der Sparkassen eine gewisse Grenze gezogen. Während bisher 40 bis 50 Proz. der Spareinlagen in Hypotheken angelegt wurden, wird jetzt die Höchstgrenze auf 40 Proz. festgelegt werden. Die Gewährung von Darlehen wird künftig über 25 Proz. der Gesamteinlagen nicht hinausgehen, während die Kredite an die Kommunen ihre Grenze bei 20 Proz. der Einlagen finden. Sachungsgemäß hatten die Sparkassen bisher das Recht, den Kommunen Kredite bis zu 50 Proz. ihrer gesamten Einlagen zu gewähren. Da die Kommunen aber in der Inanspruchnahme der Sparkassen sich außerordentlich zurückgehalten und die Ausleihung an die Gemeinden noch nicht die Hälfte der erlaubten Höchstgrenze betragen haben, so kommt dieser Bestimmung der Begrenzung der kommunalen Kredite im Augenblick keine praktische Bedeutung zu. Schließlich wird die Notverordnung noch die Bestimmung enthalten, daß an einzelne Kreditnehmer Kredite nur in Höhe von 20 000 bis 30 000 Mark gegeben werden. Am wesentlichen liegt diese Bestimmung auf der gleichen Linie, die in der Kreditpolitik der Sparkassen auch bisher schon innegehalten wurde.

## Gewinne und Verluste im IG-Farben-Konzern.

Die Abschlüsse der Braunkohlengesellschaften, die zum Konzern der IG-Farbenindustrie A.-G. gehören, wurden in den Generalversammlungen, die alle am gleichen Tage stattfanden, genehmigt. Bei den Gruben Elsa, Hermine, den Gemeinshaften Elise II, Lannenberg, der Wallendorfer Kohlenwerke A.-G. — von denen kaum eine noch arbeitet — wurde ein geringfügiger Verlust oder Gewinn ausgewiesen.

Dagegen haben die arbeitenden Tochtergesellschaften recht anständig verdient. Die Grube Augusta verteilt 4 Prozent, die Deutschen Gruben A.-G. 8 Prozent, das Braunkohlen-Bergwerk Carolina 10 Prozent und die Dörfstewitz-Rattmannsdorfer Braunkohlen-Industrie-Gesellschaft sogar 12 Prozent Dividende. Nur bei der Zudersfabrik Körbisdorf A.-G. (eine Braunkohlen-Gesellschaft!) hat sich der Verlust auf 0,37 Millionen Mark bei einem Kapital von 2,7 Millionen Mark erhöht.

ArbeiterEinstellung bei dem Stettiner Hochofenwerk „Kraft“. Das Hochofenwerk Kraft bei Stettin, ein Tochterunternehmen des Lübecker Hochofenwerkes, wird einen stillgelegten Hochofen wieder anblasen. Hierdurch werden etwa 200 Arbeiter neu eingestellt werden können.

**Viele Raucher wollen preiswert aber doch gut rauchen — sie werden also lange suchen und schliesslich auch die neue CLUB probieren. Dann werden sie begeistert sagen: Das ist endlich die richtige 3 1/3 Pfennig-Zigarette!**

6 Stück 20 Pfg.



\*) Vgl. „Vorwärts“ Nr. 461 vom 2. Oktober 1931.

# Die Seeleute in Berlin.

## Der Schiedsspruch führte sie hierher.

Der Vorstand des Gesamtverbandes hatte am Sonntag die Funktionäre der Seeleute aus allen Hafenstädten nach Berlin gerufen, um zu dem Schiedsspruch über den Lohn- und Manteltarif der Seeleute Stellung zu nehmen. Die Berichte der Verbandsvertreter wurden von der Konferenz mit großer Erregung entgegengenommen.

Die Seeleute haben von einem Schiedsspruch gewiß nicht viel erwartet, da sie ja den Einfluß der Reedereien auf die Regierung genau kennen. Alle Befürchtungen sind aber weit übertrossen worden. Den Reedereien ist es gelungen, die Folgen der zum großen Teil selbst verschuldeten Schwierigkeiten in der Seefahrt weitgehend auf die Seeleute abzumwälzen.

Der Schiedsspruch, der mit den Stimmen der Reedereivertreter gegen die Stimmen der Seeleutevertreter aller Chargen angenommen wurde, senkt zum Beispiel den Lohn des Vollmatrosen von 132 Mark im Monat auf 114 Mark. Das ist ein Abzug von 13,6 Proz.

Daneben wird aber an allen Ecken und Enden „geparrt“, so daß der Seemann im Gesamteinkommen eine Einbuße von 20 Proz. erleidet. Ueberstunden sollen zum Beispiel in Zukunft nicht mehr bezahlt werden. Die Seeleute sollen sie „abummeln“. Die Entschädigungspflicht für den freien Tag im Monat,

der aus „dienstlichen“ Gründen nicht gewährt wird, ist gestrichen worden. Das ist eine glatte Verhöhnung der Seeleute.

Bei der geringen Befahrung der deutschen Schiffe, die allmählich zu einer Gefährdung der internationalen Schifffahrt geworden ist, wird sich natürlich stets ein Grund finden, den freien Tag zu verweigern. Hinsichtlich des Dreiwachensystems (Achtstundentag) sind die bisher schon zugelassenen Ausnahmen derart erweitert worden, daß die Reedereivertreter mit gutem Gewissen für die Annahme des Spruches stimmen konnten. Für Tausende von Seeleuten wird aber die Arbeitszeit durch solche Maßnahmen um vier Stunden am Tag erhöht, in einer Zeit, wo 20 000 Seeleute erwerbslos sind.

Sogar die Schutzbestimmungen aus der alten und sehr schlechten Seemannsordnung wollten die Reeder beseitigen. Das wird wohl die Lage in der Seefahrt zur Genüge charakterisieren.

An die Ausführungen der Verbandsvertreter schloß sich eine heftige Diskussion. Unter Zurückstellung schärferer Anträge wurde einmütig beschlossen, den Seeleuten die Ablehnung des Schiedsspruches zu empfehlen.

Damit ist die Bewegung in der Seefahrt in ein Stadium getreten, das außerordentliche Gefahren für Handel, Schifffahrt und Devisenbeschaffung birgt. Man muß gestehen, daß diejenigen, die für den unhaltbaren Schiedsspruch die Verantwortung tragen, den Bogen überspannt haben.

## Schluß mit dem Lohnabbau!

### Verständige Haltung der Kraftwerkarbeiter.

Zu dem Ergebnis der Lohnverhandlung mit den städtischen Gas- und Wasserwerken, sowie der Bewag, über die wir am Freitag ausführlich berichteten, nahm am Sonntagvormittag im Clou eine von etwa 4500 Mitgliedern des Gesamtverbandes und der übrigen vertragschließenden Verbände besuchte Versammlung der Arbeiter dieser drei Betriebe Stellung. Der Bevollmächtigte des Gesamtverbandes, Genosse Schaum, berichtete ausführlich über den Verlauf der äußerst schwierigen Verhandlungen.

Wenn es gelungen ist, die weitgehenden Forderungen der Direktionen bis auf etwa ein Viertel bis ein Drittel abzumehren, so ist das in erster Linie der straffen gewerkschaftlichen Organisation der Berliner Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter zu danken. Der Lohnabbau von 3 bis 4 Pfennig pro Stunde und die Kürzung der Frauen- und Kinderzulagen bei den Gas- und Wasserwerken um je einen Pfennig ist zwar noch immer schmerzhaft. Ein besseres Verhandlungsergebnis war aber auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und insbesondere der schlechten finanziellen Lage der Stadt Berlin, die zu den Lohnabbauforderungen der städtischen Werke führten, nicht zu erzielen. Das Ergebnis ist in freien Verhandlungen zustande gekommen. Von Bedeutung ist auch die Zusage der Werksdirektionen, daß in der nächsten Zeit keine Entlassungen mehr vorgenommen werden sollen, wie sie noch bis vor kurzem, z. B. beim Hausdienst der Städtischen Gaswerke, erfolgt sind.

Nach einer regen Aussprache, in der sich einzelne Redner der „Opposition“ vergeblich bemühten, für ihre Parolen ein Echo zu finden, stimmte die Versammlung dem Verhandlungsergebnis gegen eine verschwindende Minderheit zu durch die Annahme einer Entschließung, in der es zum Schluß heißt:

„Die Versammelten bedauern, daß mit Rücksicht auf die derzeitigen Umstände und wirtschaftlichen Verhältnisse bessere Ergebnisse bei den Lohnverhandlungen nicht zu erzielen waren. Sie stimmen den Vereinbarungen zu, bringen jedoch schon jetzt zum Ausdruck, daß eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage und ein weiterer Abbau der Bestimmungen der sozialen Rechte für sie unerträglich ist.“

Die Versammelten weisen alle Zersplitterungsbestrebungen nachdrücklich zurück und fordern auch den kleinen Rest der noch fernstehenden Kollegen auf, sich den freigewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, um die Abwehrfront gegen die von den Arbeitgeberverbänden erneut geforderte Einschränkung des Tarifrechts und der Sozialgesetzgebung zu stärken.“

## Erbitterung der Bergarbeiter.

### Scharfe Kritik des Ruhrschiedsspruches.

Der freigewerkschaftliche Bergarbeiterverband veranstaltete am Sonntag an 70 Orten im Ruhrgebiet kombinierte Zahlstellenversammlungen, die zu dem Verlauf und zu dem Ergebnis des Tarifstreits Stellung nahmen. Der Schiedsspruch wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde betont, daß die Unternehmer, nachdem sie jede Neuregelung der Arbeitszeit abgelehnt

haben und auch die Regierung in dieser Frage passiv geblieben ist, die Verantwortung für weitere Ereignisse im kommenden Notwinter zu übernehmen hätten.

Der Schiedsspruch erbitterte die Bergarbeiterschaft maßlos. Das Dreimännerkollegium habe sich bei der Fällung des Schiedsspruches von den hemmungslosen Forderungen der Unternehmer und durch ihr fragwürdiges Zahlenmaterial beeinflussen lassen. Den Bergarbeitern sei dadurch der letzte Rest von Vertrauen zu denartigen Schlichtungsinstanzen geraubt worden. Die Tatsache, daß man nicht gewagt hat, den Lohnschiedsspruch ohne die Erleichterung in der Arbeitslosenversicherung für verbindlich zu erklären, zeige, daß man auch in Regierungskreisen erkenne, wie unerträglich eine weitere Lohnkürzung für die Bergarbeiterschaft ist. Um so bedauerlicher sei es, daß die Regierung den maßlosen Unternehmerforderungen nachgegeben habe.

Einmütig verurteilt wurden die wilden Streikparolen der Kommunisten, weil durch Putschaktionen die Lage der Bergarbeiter nicht gebessert werden könne. Es wurde aber darauf hingewiesen, daß die Grenze des Tragbaren erreicht und der Geduldsfaden der Bergarbeiter zu Ende sei. Die Situation im Ruhrbergbau sei mit einem Pulverfaß zu vergleichen. Die Explosion sei noch einmal durch das mannhafte Auftreten der organisierten Arbeiterschaft verhindert worden. Ob das in Zukunft noch einmal möglich ist, könne nur bezweifelt werden.

## Die Hungerpeitsche knallt!

### 22 Prozent Lohnkürzung oder arbeitslos.

Stettin, 5. Oktober.

Am Montag wurde als Verhandlungsergebnis über die Lohnzwangigkeiten bei der Firma Stöwer-Werke-Stettin die Meldung verbreitet, die Weiterführung des Betriebes, für den bei der Regierung ein Stilllegungsantrag mit sofortiger Wirkung eingebracht worden war, sei endgültig gesichert, da die Belegschaft in die 22prozentige Kürzung der Akkordlöhne eingewilligt habe. Diese Meldung war falsch, da nur der Betriebsrat sein Einverständnis zur Lohnkürzung gegeben hat.

Als der Belegschaft der Beschluß verkündet wurde, lehnte sie ihn ab und erklärte, nach wie vor auf der Weiterzahlung der Löhne zu bestehen.

Danach sieht sich die Stadt Stettin, die ein größeres Aktienpaket der Stöwer-Werke besitzt und zur Weiterführung des Betriebes um einen Zuschuß von 150 000 Mark angegangen worden ist, nicht in der Lage, die Mittel zur Verfügung zu stellen, da sie die Hergabe von der Kürzung der Akkordlöhne abhängig gemacht hatte.

Die Lage wird von den maßgebenden Stellen als sehr ernst

## Oeffentliche Kundgebung

7. Kreis Charlottenburg: Heute, Dienstag, den 6. Oktober, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr, im „Türkischen Zelt“, Berliner Straße 53. Ph. Scheidemann, M. d. R., spricht über: „Sturm in Deutschland“.

109. Abteilung, Friedrichshagen: Donnerstag, den 8. Oktober, im großen Saal des Gesellschaftshauses, Friedrichstr. 137. Referenten: Parteivorsitzender Hans Vogel und Käthe Kern. Beginn 20 Uhr.

bezeichnet. Die Verhandlungen werden jedoch weitergeführt. Man hofft, bis Mittwoch zu einer Entscheidung zu kommen, ob die Werte wegen der Lohndifferenzen stillgelegt werden müssen oder nicht.

Die sich immer mehr häufenden bedingten Stilllegungsandrohungen bezwecken hauptsächlich den Lohndruck auf kaltem Wege. Wirft der Betrieb nicht mehr genug Profit ab, dann wird der Arbeiter mit dem Risiko befaßt. Das geht bis zu einer gewissen Grenze, dann hört das Spiel auf.

## Gute Betriebsratswahl!

### Der RGD. drei von vier Sitzen entzogen.

Stettin, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Das Ergebnis der Betriebsratswahlen im Stettiner Hafen ist ein glänzender Erfolg der freien Gewerkschaften. Von den zehn Sitzen im Arbeitererrat bekam der Gesamtverband acht gegen fünf im Vorjahre. Die kommunistische Liste der RGD. verlor drei Sitze. Sie brachten es mit Mühe und Not auf einen Sitz gegen vier Sitze im vorigen Jahre. Der zehnte Sitz fiel, wie im Vorjahre, den christlichen Gewerkschaften zu.

Bei der Angestelltenratswahl ergibt sich das gleiche Bild. Die freigewerkschaftliche Liste (AFA) erhielt drei Sitze gegen zwei im Vorjahre. Die gemeinsame Liste des BdA. und des DVA. führte zum Verlust von drei Sitzen. Auch hier blieb nur ein Sitz übrig von vier im Vorjahre.

## Krisenkongreß in Holland.

### Gewerkschaften fordern Arbeitslosenhilfe.

Rotterdam, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Am Sonnabend wurde hier ein von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und dem niederländischen Gewerkschaftsbund veranstalteter Krisenkongreß abgehalten, dem 1500 Delegierte aus dem ganzen Lande beizwohnten.

Der Vorsitzende Dudgeest erklärte in seiner Eröffnungsansprache, daß die niederländischen Arbeiter nicht bereit seien, die Kosten einer jahrelangen kapitalistischen Mißwirtschaft durch eine aufgezwungene Verschlechterung ihrer Lebenshaltung zu tragen.

Namens des niederländischen Gewerkschaftsbundes erklärte van de Halle, daß die Arbeitslosigkeit in Niederland nun erst in ihrer ganzen Schwere beginnen würde. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit lägen teilweise auch in dem Boykott europäischer Waren durch fast alle asiatischen Völker, insgesamt also durch die halbe Menschheit, die sich den entzweienden Ausbeutungsmethoden des europäischen Kapitalismus zu entziehen trachte. Die Gesamtzahl der durch die Arbeitslosigkeit betroffenen Bevölkerung in Niederland betrage schon heute vermutlich mehr als 600 000. Dabei stände man vor einem Winter, der schlimmer sein würde als die Kriegsjahre.

Eine von dem Referenten vorgeschlagene Entschließung, die eine großzügige Arbeitslosenfürsorge fordert, wurde einstimmig angenommen.

## Amerikanischer Gewerkschaftskongreß.

New York, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Am Montag trat in Vancouver (Kanada) der Kongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes zusammen. In dem Bericht des Exekutivkomitees werden folgende Forderungen erhoben: Schaffung eines nationalen Wirtschaftsrates, Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz, Erweiterung des öffentlichen Arbeitsprogramms, Fünftageswoche, Arbeitsverbot für Minderjährige.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute um 10<sup>1/2</sup> Uhr tagen die Gruppen: Roßstr. Jugendheim Bremer Straße. „Sexuelle Fragen.“ — Adlershof: Gruppenheim Adlershof, Bismarckstr. 1. „Organisationsformen der Gewerkschaften.“ — Schöneberg: Jugendheim Nierderschöneberg, Berliner Str. 31. Mädchenkult im Adlershof. Heimbesprechung. — Verbandbuchkontrolle. — Vantow: Jugendheim Rittlingerstr. 44. Zimmer 3. Heimbesprechung. Nierderschöneberg: Engländerstr. 24-25. Saal 11. Heimbesprechung. — Verbandbuchkontrolle. — Adlershof: auf das Jugendtreffen in Landsberg. — Wedding: Jugendheim Wilmersdorfstr. 5. 2 Treppen, Zimmer 11. Heimbesprechung. Nierderschöneberg: Jugendheim Gunterstr. 44. „Was brachte der Gewerkschaftskongreß?“ — Franzfurter Allee: Stadt. Jugendheim Wauer Str. 18. Puffabend. — Nierderschöneberg: Jugendheim Döfestr. 22. Heimbesprechung. — Oberbaum: Jugendheim Karlshorst, Treppenhalle 44 (Rantschule), schon ab 19 Uhr. Heimbesprechung. — Treptow: Schule Wilmersbrunnstr. 33-34 (Hortzimmer), Jugend-Orchestrale. Heimbesprechung. Kuntzebund. — Steglitz: Jugendheim Flemingstr. 14b. Heimbesprechung. Wettspielabend. — Seebuck: Jugendheim Seebuck, Seebuckstr. 14. Heimbesprechung. — Spandau: Wilhelmshof, Jugendheim Sportplatz Seebuckstr. 14. Heimabend. — Kreuzberg: Jugendheim Christburgstr. 14. Heimbesprechung. Wunter Abend.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Nierderschöneberg: Wir besuchen die Versammlung des Werbezentrums. — Kreuzberg: Jugendheim Leichter Str. 18-19. Aussprache: „Gewerkschaftsfragen der Werbezentrums.“ — Adlershof: Wir besuchen die Versammlung des Werbezentrums. — Seebuck: Wir besuchen die Versammlung des Werbezentrums. — Der Sport- und Bewegungssportclub ab 20 Uhr in der Turnhalle Baruther Str. 20. Karten für die Jugendvorstellung der Volksbühne am 11. Oktober zum Preise von 80 Pf. sind noch im Jugendsekretariat zu haben. Weiter vom Reichsjugendtag zum Preise von 25 Pf. pro Stück können im Jugendsekretariat bestellt werden.

# Preußische Staats-Lotterie

Ziehung 1. Klasse: 21. u. 22. Oktober

Wesentlich verbesserter Gewinnplan

348 000 Gewinne auf 800 000 Lose

Ausspielung in 5 Klassen insgesamt rund

**114 Millionen RM**

Achtel-Lose 5 RM

Viertel-Lose 10 RM Ganze Lose 40 RM  
Halbe Lose 20 RM Doppel-Lose 50 RM

bei allen Staatl. Lotterie-Einnehmern von Groß-Berlin

Höchstgewinn auf 1 Doppellos (5 9 des Fianes)	<b>2 Millionen</b>	RM
Höchstgewinn auf 1 Ganzes Los	<b>1 Million</b>	RM
2 Prämien zu je	<b>500 000</b>	RM
2 Gewinne zu je	<b>500 000</b>	RM
2 Gewinne zu je	<b>300 000</b>	RM
2 Gewinne zu je	<b>200 000</b>	RM
12 Gewinne zu je	<b>100 000</b>	RM

# Margaret Morris: Die größte Hängebrücke

Mit einem einzigen ungeheuren Bogen von 1070 Meter Länge überspannt die neue Hängebrücke den Hudson. Ein Fuß des Stahlseils steht in der 178. Straße in New York, der andere in Fort Lee im Staate New Jersey. Seit dem Jahre 1810 kennt man den Bau von Hängebrücken; aber nie zuvor ist eine Hängebrücke von ähnlichen Ausmaßen entstanden.

Alle Zeitungen beschäftigen sich mit der Person des Brückenbauingenieurs. Aber was wäre der Ingenieur ohne die Männer in Gummiwerkeln, ohne die Brückenarbeiter, die langbeinig über so dünne Balken dahinschreiten, daß es von der Straße aus den Anschein hat, als wandelten sie auf unsichtbaren Füßen. Jede Linie auf den Konstruktionszeichnungen des Ingenieurs bedeutet harte und gefährliche Arbeit für hunderte Arbeiter. Wer sind diese Arbeiter? Wie haben sie ihre erstaunliche Geschicklichkeit, ihre verblüffende Schwindelfreiheit erworben?

„Flugzeugpiloten“, so erzählte der Ingenieur, „wurden von Schwindeln erfaßt. Kürzlich besuchte uns ein Filmoperator, um Aufnahmen für die Wochenschau zu machen. Oft und oft hätte er vom Aeroplan aus fotografiert, so erzählte er, ja, sogar von den Tragflächen aus. Als er sich jedoch auf das dünne Stahlskelett 110 Meter oberhalb des Stromes begeben sollte, da meinte er, daß er noch zu jung zum Sterben sei. Arbeiter nahmen ihn bei der Hand und führten ihn fort.“

„Bis zum 1. Juli dieses Jahres“, so fuhr der Ingenieur fort, „haben wir nach mehr als vierjähriger Arbeit bei einem Kostenaufwand von 30 Millionen Dollar zwölf Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen. Sechs davon sind darauf zurückzuführen, daß sich die Leute über strikte Sicherheitsvorschriften hinwegsetzten. So zum Beispiel fand ein Mann den Tod, als er im Verfertigen vom fahrenden Aufzug auf eine Plattform absprang. Aber noch bei der Delawarebrücke, die nur halb so groß wie diese Brücke ist und an deren Bau nur halb so viele Leute arbeiteten, verunglückten 13 Mann tödlich.“

Der Oberaufseher der Kabelkonstruktion der Brücke ist ein Kentuckier, der schon 38 Jahre lang Metallarbeiter ist und in 23 verschiedenen Staaten gearbeitet hat. „Ich habe bis jetzt noch keinen Unfall gehabt“, sagt er. Der Verlust von drei oder vier Fingern scheint ihm überhaupt nicht der Rede wert zu sein. „Als ich aufgenommen wurde“, erzählt er, „gab es hier nichts als Wasser und Himmel und leeren Raum dazwischen.“

„Und wie vollzog sich der Anfang?“

„Zuerst wurden Stahlkabel von einem Turm zum anderen gezogen, und längs dieser Kabel bewegten sich die „Riggers“ in ihren Körben fort, um die provisorischen Laufbrücken zu legen. Stellen Sie sich zwei Telegraphenstangen vor, die Sie durch ein

Seil verbinden! Entlang diesem Seil bewegt sich nun ein Käfig mit einem Papagei. Wahrscheinlich wird der Papagei schreien, und vielleicht haben auch die Arbeiter geschrien, als sie zum ersten Male über der Tiefe schwebten. Aber sie befanden sich allzu hoch, um gehört zu werden. Die Kabel wurden von New Jersey aus mittels einer Bartasse über den Strom gespannt und dann auf beiden Seiten zugleich mittels Kranauflügen nach den beiden Türmen emporgesogen. Von beiden Türmen aus wurden die Körbe in Bewegung gesetzt. Die Körbe konnten durch einen eingebauten Motor vorwärts und rückwärts laufen. Natürlich vollzog sich am Anfang nicht alles so glatt wie es gehen sollte. Die Körbe schlossen 20 Meter vorwärts, um dann plötzlich zu stocken und stillzustehen. Dann liefen sie wieder ein Stück weiter, bockten wie ein alter Fordwagen und wollten sich um keinen Preis weiterbewegen. Die Leute auf den Türmen konnten sich nur mit Mühe das Vordringen verwehren. Den Arbeitern in den Körben war weniger zum Lachen zumute. Ich weiß nicht, was sie dazu gesagt haben. Aber sicherlich hatten sie eine ganze Menge zu sagen. Endlich konnten die New-Yorker Arbeiter in der Mitte der Kabel ihre Kollegen aus New Jersey begrüßen, und nun vollzog sich die Regelung der Laufbrücken regulär.“

„Können Sie sich vorstellen, was für Arbeit in diesen Drahtseilen steckt? Mehr als 28000 Tonnen Stahl wurden zu ihrer Herstellung verwendet. Würde man den gesamten Draht aneinanderreihen, dann käme man zu einer Länge, die der halben Entfernung zwischen Mond und Erde entspricht.“

In früherer Zeit waren fast alle Brückenarbeiter, ehemalige Seeleute, gewohnt, auf hoher See an Masten hinauf und hinunter zu klettern. Die Seeleute brachten das Handwerk auch ein wenig in Berrauf, und die Brückenarbeiter galten als eine wilde, wagemutige, rücksichtslose Horde, die ihre Tag damit verbrachte, allen Befehlen der Schwerkraft zu trotzen, und ihre Nächte damit, den hart verdienten Lohn mit Straßenmädchen und in Schankstuben zu vergeuden.

Heute stellen die Brückenarbeiter einen ganz anderen Typus dar. „Wenn Sie heute einen Brückenarbeiter am Sonntag mit seinem Madel ausgehen sehen“, sagte mir ein alter Arbeiter, „dann würden Sie glauben, einen Einkäufer aus einem Nachtlokal vor sich zu sehen. Früher haben seine Kollegen, wenn er einmal einen sauberen Hut getragen hat, sich verpflichtet gefühlt, ihm das unstandesgemäße Kleidungsstück vom Kopfe zu schlagen.“

Bald wird die Hudsonbrücke, die größte Hängebrücke der Welt, dem Verkehr übergeben werden, ein dauerndes Denkmal aus Stahl für jene, die sie gebaut haben.

(Aus dem Amerikanischen von Leo Korten.)

## Richard Huelsenbeck:

# Als Schnellphotograph im Piräus

Ich werde den Namen des Herrn nicht nennen, der mich in so lebenswärtiger Weise einen halben Tag in die Lehre genommen hat. Ich habe eigentlich so gut wie nichts getan; höchstens, daß ich ihm den Wassereimer zurechtstülpte, wenn er ein Photo wässern wollte. Es war übrigens stilles Geschäft; wir hatten im ganzen nur drei Kunden, zwei junge Matrosen eines französischen Frachtdampfers, die gleich betrunken waren und sich laut singend nacheinander vor die Linse pflanzten. Dann eine ältere Griechin, die meinem Chef erklärte, sie wolle ihrem Sohn, der in Samos liege, eine Photographie schicken. Der Sohn verheiratete sich jetzt, und da hatte sie es für gut, wenn sich die Mutter durch die Ueberendung einer Photographie bemerkbar mache.

Das ist überhaupt eine Eigentümlichkeit unserer Kunden, daß sie uns während der Aufnahme ihre ganze Lebensgeschichte erzählen. Mein Chef, ein untersehter, kleiner Mann mit kohlschwarzem Schnurrbart und frühlichem weinroten Gesicht, hört sich die Erzählung mit überlegener Ruhe an. Er weiß Bescheid; er ist seit zehn Jahren Schnellphotograph im Hafen Piräus. „Sie schwatzen gern“, sagt er von seinen Landsleuten. „Man muß sie reden lassen, das macht ihnen Spaß, und dann kommen sie auch wieder. Meine Photos haben das Gute, daß sie nicht allzu lange halten. Dann müssen die Leute wiederkommen und sich nochmals aufnehmen lassen.“

Mein Chef hat mir deutlich zu verstehen gegeben, daß er an den Ernst meiner photographischen Tätigkeit nicht glaubt. Er hält mich für einen reichen Abenteuerer, der Erlebnisse sucht, und dann Memoiren darüber schreibt. Er behandelt mich mit Grandezza als vornehmen Fremdling; wenn ich den Eimer anheben will, in dem er seine Photos wässert, runzelt er die Stirn und macht eine Bewegung, als wolle er mich an diesen einfachen Handreichungen hindern.

Der ganze Tag ist einer der merkwürdigsten, den ich auf meinen Reisen erlebt habe. Im Hotel ging es an. Ich war noch erfüllt von dem Sieg, den ich auf der „City of Quebec“ erfochten hatte. Nachdem ich als Stromer und Dechhand so wunderbare Erfolge einheimen konnte, hatte ich keinerlei Lust, in die anonyme griechische Wirklichkeit zurückzukehren. Das Hotelzimmer, in dem ich mich einquartierte, ist ein graues vierseitiges Loch, dessen einziger Vorzug eine Aussicht auf den Hafen darstellt. Es gibt derartige Hotelzimmer; man möchte darauf schwören, daß sich schon mehrere Gäste darin das Leben genommen haben, und unwillkürlich sucht man nach dem Nagel, an dem sie sich aufhängen. Der Kellner, der mir am Morgen das Frühstück brachte, konnte mich nicht besser stimmen; er war ein schwächliches Herrlein in abgeschobtem schwarzen Anzug. Als ich den Mann sah, fiel mir sogleich eine Spinne ein. Er ging mit leisen Plattfüßen in meinem grauen Loch umher. Ich dachte: „Ganz so wird er kommen, wenn du dich ausgehängt hast. Er wird mit leisen Pedalen herankriechen, dich anfassen, ob du noch warm bist; mit quäcker Stimmis wird er nach dem Bier rufen. Der wird sehr verärgert sein, daß sich in einem Monat der dritte Gast in seinem Hotel umgebracht hat. Dann werden sie dich aufs Hotelbett legen, eine Zeitung über dein Gesicht decken (wegen der Fliegen), die Tür abschließen und die Polizei holen.“

Mit solchen lieblichen Vorstellungen quälte ich mich ab. „Rein“, sagte ich, „wo bleibt die gesunde Unverschämtheit, die dich auf die „City of Quebec“ trieb? Entweder gehst du jetzt nach Athen ins beste Hotel oder du bleibst hier im Piräus und erlebst irgend etwas, was sich lohnt.“

Ueberaus lustig war das Zwiegespräch, das ich darauf mit meinem Birt hatte. Das war ein Mann von fünfzig Jahren, stark ergraut, mit einem Weinbäuschlein, das er häufig in beide Hände nahm, als müßte er sich diese Last erleichtern. „Was wollen Sie?“ fragte er. „Ich verstehe Sie nicht.“ Ich sagte: „Ich bin nicht hierhergekommen, um meine Tage in Ihrem Hotelzimmer zu verbringen. Dieser Piräus ist ein wunderbarer Hafen, so lebensvoll, so bunt, so laut, so quirlig, wie ich selten einen Hafen gesehen habe. Da gibt es Händler jeder Art, Anreißer der verschiedensten Geschäfte

und menschlichen Bedürfnisse, Zauberkünstler, Efelstreiber, Schiffsagenten, Taschendiebe und weiß Gott sonst noch etwas. Sie, verehrter Herr, leben hier seit langer Zeit und kennen den ganzen Betrieb. Sie müssen mir behilflich sein. Ich möchte mich in irgend etwas verwankelein; ich möchte eine Rolle annehmen, von der aus ich gewissermaßen die Hintergründe der Sache begreife. Ich bin Weltreisender von Beruf; ich kann nur in Hotels wohnen, Frühstücke einnehmen und auf die Bahnhöfe laufen, um die Fahrpläne zu studieren. Verstehen Sie das...?“

Mein Birt verstand nichts; er war eigentlich zum erstenmal in seinem Leben vollkommen ratlos; er rief seinen plattfüßigen Kellner zu Hilfe; sie begannen griechisch zu sprechen. Sie unterhielten sich mit Händen und Füßen, so laut, daß ich einige Schritte zurücktrat. Sie sahen mich von der Seite an, als trauten sie mir nicht ganz. Ja, wenn ich ein Amerikaner gewesen wäre! Aber ich war doch ein Deutscher. Wie kam ich dazu, solch sinnlose und unverständliche Forderungen zu stellen. Nachdem ich den Kellner fortgeschickt hatte, begann ich mich mit meinem Birt zu verständigen. Es ging ihm langsam ein Licht auf. „Sie haben sicherlich mit jemandem gewettet, nicht wahr?“ „Richtig“, bekräftigte ich. Nun begann er nachzudenken. „Ich habe eine Sache für Sie“, sagte er. „Sie können einen Tag Schuppuher spielen. Die sitzen am Koraisplatz, so Stücke zwanzig. Ich habe da einen Bekannten drunter.“ Er rief wieder nach dem Kellner, der vorsichtig aus dem Hintergrund

geschlichen kam, wie der Intrigant in einem schlechten Theaterstück. Sie sprachen griechisch; ich merkte aber, daß der Kellner geschickt wurde, den Bekannten zu holen.

Der kam dann auch nach einer halben Stunde, ein lumpig gekleideter junger Mensch, der während der ganzen Unterhaltung nicht einen Augenblick die Zigarette aus dem Munde nahm. Es handelte sich um die Bezahlung; ich zeigte mich für griechische Verhältnisse sehr großzügig, und die Sache wäre bestimmt geworden, wenn ich nicht im letzten Augenblick schwere Bedenken bekommen hätte. Konnte ich denn wirklich, wenn auch nur für einige Stunden, Schuppuher sein? Schuppuherel ist schließlich ein Gewerbe, das man gelernt haben muß. So einen einfachen Dreckschiel blank reiben kann ja nicht schwer sein. Was tut man aber, wenn sich ein paar Damenschuhe nahen? Ich wußte: es gab in so einem Schuppuhkaften eine Menge kleiner und größerer Büchsen, die man kennen mußte. Ich hätte vorher eine Unterrichtsstunde nehmen müssen. Rein, das ging nicht. Die Landessprache verstand ich auch nicht; ich konnte mich nicht gegen die Vorwürfe eines unzufriedenen Kunden verteidigen. Niemals.

So ist es gekommen, daß ich der Gehilfe eines Schnellphotographen gemorden bin, von denen hier im Piräus Dutzende herumstreifen. Sie haben riesige, altertümliche Apparate; ihre Photos wässern sie in gewöhnlichen Eimern, die sie neben sich stehen haben. Weithin leuchten die Hintergründe dieser Bildkünstler; das sind Kullissen und Pappwände, die die ganze Welt vorstellen. Für jedermann bietet sich hier der geeignete Hintergrund; für Matrosen sind da Schiffe und tropische Wälder, für junge Mädchen Schaukeln und netzliche Zimmereinrichtungen, für alte Damen und Herren würdige gotische Gassen, die mit Girlanden verziert sind. Am Vormittag und um die Mittagszeit haben die Schnellphotographen im Piräus wenig zu tun; sie verstecken sich hinter ihre Pappwände, suchen sich einen schattigen Platz und rauchen viele Zigaretten. Natürlich kennen sie sich gegenseitig sehr genau. Einmal ist es vorgekommen, daß sich eine halbe Schiffsbesatzung bei Herrn Alibiades photographieren ließ, obwohl alle anderen Photographen tatenlos herumstanden und nichts zu tun hatten. Mein Chef erzählte mir diesen Fall mit verhaltener Wut; die Leute waren betrunken und wollten sich einen Scherz machen. Mein Chef ist zweifellos ein gutmütiger Mensch und es liegt ihm nichts ferner, als seine Berufskollegen zu verkleinern. Aber was den Alibiades angeht — so sagt er — weiß jeder, daß er zu alt ist, um gut photographieren zu können. Außerdem ist er ein Smyrnasüchtling. Alibiades war Gemüsehändler. Nun frage ich Sie: Was hat der Gemüsehändler, der sicher ein sehr ehrenwerter Beruf ist, mit der Photographie zu tun?

Mein Chef hat ein starkes künstlerisches Bewußtsein. Wenn jemand kommt und sich aufnehmen lassen will, benimmt er sich nicht wie einer der vielen Händler, die hier auf den Straßen herumwimmeln. Er hört nur mit halbem Ohr hin und sieht sich seinen Gast sehr genau an. „Ich kann eigentlich nur schöne Menschen aufnehmen“, sagt er mir. „Ein schöner Mensch und ein schöner Hintergrund... das sind so kleine Höhepunkte meines Lebens.“

Die Gehilfenhaft bei dem Schnellphotographen ist für mich eine lehrreiche Sache; es geht mir eine Welt auf. Diese Menschen haben ihre besonderen Sorgen; das kann keiner verstehen, der es nicht mit erlebt hat. Nach einer Stunde fühle ich mich als Mitglied der Gilde. Neulich, erzählt mir mein Chef, wollte die Polizei den Schnellphotographen den Platz am Uhrturn verbot. Mit der Begründung: erstens würden die Gäste des Kaffeehauses, das sich unter dem Turm befindet, in ihrer Bequemlichkeit gestört, und zweitens könnten die Segelflicker, die hier ihre Segel bearbeiten, ihrem Beruf nicht nachgehen. „So etwas Empörendes“, sagt mein Chef, „das muß eine Intrige sein; wenn wir den Kerl kriegen, der uns das eingebracht hat, wir schmeißen ihn in den Hafen.“

Wenn die Sonne ihre Kraft verbraucht hat, am Spätnachmittag, belebt sich das Geschäft. Es kommen Leute, die sich die Photos ansehen, die wir an den Aufnahmefäßen gestekt haben. Nie wird mein Chef animieren; das verträgt sich nicht mit seiner künstlerischen Würde. Aber er spricht so laut vor sich hin, daß alle Leute, die vor dem Kasten stehen, es hören können. Er hält eine Art Rede; er lobt die Kunst der Photographie. „Rein Bild, kein Kunstwerk kann das schaffen, was ein Schnellphoto schafft“, brummt er vor sich hin.

„Ihre Zeit ist nun bald zu Ende“, sagt er mir, „es war zwar kurz, aber Sie haben mir treu gedient. Gestatten Sie, daß ich Sie noch auf eins aufmerksam mache. Sollen Sie je selbst zu diesem Gewerbe übergehen, bedenken Sie, daß es dabei hauptsächlich auf Menschenkenntnis ankommt. Es gibt nämlich Halunken, die sich photographieren lassen, ohne es bezahlen zu können. Da muß man fit sein. Man muß den Gestählten ablesen, wieviel Geld die Kerls in der Tasche haben.“

Ich bedankte mich bei meinem Chef für die Ratsschläge. Wir schieden als gute Freunde.

## Erna Büsing:

# Spielmann, der algerische Journalist

Sein Vater wohnte in Elsch, verließ aber dieses Land, als es nach dem Krige von 1870/71 an Deutschland fiel. Der Alte war zu trotzig und zu selbstbewußt, um eine ausgezwungene Staatsangehörigkeit ertragen zu können. Es muß sich von diesem harten Sinn viel auf den Sohn Viktor vererbt haben, der in Algier aufwuchs, unter Menschen, die seiner Weisheit fremd waren. Was gab ihm das Vaterhaus sonst noch mit? Wir wissen es nicht, wir wissen nur, daß Viktor Spielmann als einer der unerschrockensten Sozialisten aus dem Dunkel des Nichtbekanntseins auftauchte.

Doch in Algier war kein Boden für eine bedeutende sozialistische Bewegung und die Genossen in Europa hatten so ährethlich viel mit sich und den Begebenheiten in ihren Heimatländern zu tun, daß der Orient sie verhältnismäßig nur wenig interessierte. Sie konnten den jungen Spielmann nicht einmal mit guten Ratsschlägen unterstützen. Er stand auf vorgeschobener Position, die er nicht für eine verlorene hielt. Er mußte seinen Weg alleine gehen. Er führte ihn an die Spitze der Eingeborenen des Landes, er wies ihn auf ein Wirken für sie in französischer Sprache und Schrift.

Als er ungerechte Gewaltmaßnahmen hoher französischer Beamter erlebte und das Echo des Risikallens in der Welt ausblieb, da meinte er die Lehren des Sozialismus aufgeben zu müssen und wurde Anarchist. Doch sah er ein, daß der Anarchismus weder dem Lande noch dem Volke heil brachte. Viktor Spielmann hatte den Mut, seine Ansichten zu revidieren. Was nützen ihm europäische Programme! Er war allein auf sich gestellt und bald kannte er nur noch eins — die arabische Freiheitsbewegung. Er weiß so gut wie die muslimischen Freiheitskämpfer, daß Arabien sich selbst aufgab, als europäische feudalherrliche Ansichten in die demokratische Welt des Islam stülten. Er weiß, Arabien ist ein altes, aber kein gealtertes Volk; denn seine Reorganisation kommt aus der verblüffend ursprünglichen Kraft und der frischen Innerverbrauchttheit der Wüste. Der islamische Orient sieht auf Arabien, er anerkennt nicht die von den Europäern gezogenen staatlichen Grenzen, er rechnet

Nordafrika mit zu Arabien. Was ist europäische Geographie? Für den Moslem besteht noch immer das alte Reich. Und er hat es sich, — trotzdem man es ihm unter verschiedene Staatsoberheiten zwang, — rein in Kultur und Sitte erhalten. Seit nunmehr 40 Jahren steht Viktor Spielmann mit an der Spitze der arabischen Freiheitsbewegung in Algier.

Er arbeitet rastlos, um Geld zu verdienen und Zeitungen ins Leben rufen zu können. Dort verdient nämlich nicht der Verleger mit der Zeitung, sondern er muß anderweitig Geld erwerben, damit er eine Zeitung unterhalten kann. Man abonniert Viktor Spielmanns Zeitungen nicht, man rechnet auch nicht auf ein regelmäßiges Erscheinen, sondern man freut sich, falls man nach langen Atempausen mal wieder ein solches Blatt zu Gesicht bekommt. Eine derartige Zeitung wird nämlich verboten, wenn sie die Rechte der Nordafrikaner verteidigt, wenn sie an die Pressefreiheit appelliert und wenn sie über den Imperialismus in Indo-China schreibt. Es ist allen Beamten und von den Behörden Abhängigen unterfagt, eine solche gefährliche Zeitung zu lesen. Die Franzosen schelten Spielmann den Boche-Publizisten, die nationalen arabischen Parteien bekämpfen ihn offiziell, selbst die Kommunisten wollen nichts von ihm wissen, dennoch leben seine Zeitungen und können und müssen hohe Geldstrafen tragen.

Es ist sehr viel Sonderbares um diesen algerischen Journalisten aus dem Elsch. Weder Freiheitsstrafen, noch Geldbußen, weder Anweisungen noch das allgemeine Im-Stichlassen bringen ihn zum Berstommen. Selbst in der heutigen Zeit der hundertprozentigen Aufregungen ist sein Lebenslauf eine Sensation. Doch bringt man mit der Aufzeichnung dieses Lebenslaufes nicht zum Menschen durch. Wer ist dieser Einwanderer wider Willen? Ist er ein kampflustiger Querkopf oder ist er ein so großer Ehrlicher, daß man ihn getrost mit einem Heiligen vergleichen könnte? Die Gegenwart schweigt. Und die Zukunft? Nun, die proklamiert ihn zum Freiheitshelden, wenn der Orient siegt und zum Verräter, wenn Europa die Nacht behält.



# Über Nacht schon-

löst Henko, Henkels Wasch- und Bleichsoda, den Schmutz von der Wäsche! Gibt es eine einfachere und bequemere Art der Wäsche-Behandlung, als die Wäsche am Abend vor dem Waschtage mit Henko einzuweichen? Warum wollen Sie sich abquälen, wenn Henko schneller, schonender und billiger arbeitet?

**Lassen Sie es Henko tun!**

Nehmen Sie Henko auch zum Weichmachen des Wassers und zum Putzen und Scheuern!



**Zum Einweichen der Wäsche!  
Zum Weichmachen des Wassers!**

Was sich seit 50 Jahren bewährt hat, muß gut sein!

H63/31  
b

Nehmen Sie zum Aufwaschen, Spülen und Reinigen Henkel's **imi**

# Angestellte und Arbeiter solidarisch.

## AW-Kongress gegen Angriffe auf das Tarifrecht. — Drei Milliarden Angestellten-gehalt jährlich weniger.

J. St. Leipzig, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

In der Reihe der Begrüßungen sprach der Präsident der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Griemeyer, der für den Kampf um die Unversehrtheit der finanziellen Grundlage der Angestelltenversicherung um tatkräftige Mitarbeit bat. Namens des Internationalen Gewerkschaftsbundes wies Stolz auf die Bedeutung der Angestellten im Ringen um die gesellschaftliche Kontrolle der Wirtschaft hin. Für den Internationalen Bund der Privatangestellten, der 49 Verbände in 17 Ländern mit mehr als 900 000 Mitgliedern umfaßt, sprach Generalsekretär Smit, Amsterdam.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde mit demonstrativem Beifall empfangen. Gewisse Weis führte aus: „Die Sozialdemokratische Partei hat mit vollem Bewußtsein sich ihren Namen gegeben. Ihr Programm und ihre Absichten sind untrennbar verbunden mit der Demokratie und dem Sozialismus. Heute wird so gern über das Wort von der „revolutionären“ Sozialdemokratie gepöbeln.“

### Revolutionär? Das sind auch wir!

Ein Narr, der es nicht ist oder sich heute vor der Revolution fürchtet. Hauen, Stechen und Schießen, das ist freilich keine Revolution. Die Rationalisierung, der Weltkrieg und seine Folgen in der gesamten Welt, das ist eine neue Revolution. Der Kapitalismus als System geht seinem Ende entgegen. Aus seinem Schoß steigt sein Erbe hervor, der auch sein Totengräber ist, das Proletariat. Unsere schwere Aufgabe ist es, Totengräber, aber auch Erbe zu sein. Deswegen müssen wir die Wirtschaft erhalten und fördern. Das wird freilich nicht von allen in einer Zeit begriffen, in der die Erziehung zum Wunderglauben und in der das System des politischen Mordmordes wieder aufersteht. Ich wünsche von der Arbeit des Kongresses, daß er gleich einer Feuerfäule in der Dede der Lebensnot unserer Tage den Schönheitsschmuck einer freien und gerechten Gesellschaft gestalten helfe.“

Im Namen des ADGB begrüßte Genosse Graßmann den Kongress und wies darauf hin, daß es zwischen AW-Bund und ADGB wohl nie und da Unstimmigkeiten gegeben habe, aber beide eine Familie seien und bemüht sein werden, sich gegen eine feindliche Umwelt zu behaupten: In jeder Familie kann es Meinungsverschiedenheiten geben. Das Wesentliche ist, daß sie kameradschaftlich ausgeglichen werden. (Beifall.) Gemeinsame Not erheischt gemeinsame Abwehr.

Wir sind bereit, der Not der Zeit Rechnung zu tragen, aber über Tarifrecht und kollektive Arbeitsvertretung lassen wir nicht mit uns reden. Wir müssen alle zusammenstehen, um diese Wirtschaftsordnung zu beseitigen.

nicht nur, weil diese Wirtschaftsordnung in steigendem Maße der Arbeiterklasse Unrecht zufügt, sondern weil die gesamte Menschheit verzweifeln müßte, wenn es nicht gelänge, die heutige Not zu beseitigen.

Weitere begrüßt im Namen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes Albert Falkenberg den Kongress; sodann Max Josephohn im Namen des Zentralverbandes der Konsumvereine und der Großeinzelhandelsvereine, der auf die Anfänge der Bewegung hinweist. In Leipzig sei es gewesen, wo vor 37 Jahren die erste freie Arbeiterorganisation tagte und Ende 1897 waren es erst 255 Mitglieder. Das gebe ihm als alten und früheren Führer der Bewegung das Recht zu sagen, daß er trotz der Not der Zeit nicht verzweifeln könne.

Aufhäuser antwortete auf die Begrüßungsgespräche: Die Erklärung des Ministerialdirektors Dr. Sigler über die Aufrechterhaltung des Tarifrechts und der produktiven Arbeitsverträge haben wir mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, und ich erkläre hier im Namen des Kongresses:

Wir werden jede Regierung unterstützen, die diese Grundrechte der Arbeiterschaft aufrechterhält. Wir werden aber mit Entschlossenheit jede Regierung bekämpfen, die bereit wäre, diese Grundrechte preiszugeben.

Zu der Erklärung von Graßmann sagte Aufhäuser, daß die große Linie der Solidarität immer aufrechterhalten worden sei zwischen den beiden Organisationen und die beste Fundierung ist der politischen Einheit der Arbeiterbewegung.

Zu den Vorsitzenden wurden gewählt Stähr, Aufhäuser und Urban.

### Der Geschäftsbericht.

Den Geschäftsbericht erstatten W. Stähr und Aufhäuser. Stähr führt u. a. aus: Die Organisationen des AW-Bundes haben sich in der zurückliegenden Geschäftsperiode trotz Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit gut gehalten.

Die Mitgliederbewegung hat sich nicht wesentlich geändert. Mit der Abgrenzung der Bezirksstellen ging eine systematische Bearbeitung der Ortsstellen vor sich. Anfang des Jahres 1929 verzeichneten wir 381, am 1. Januar 1931 627 Ortsstellen im Reich. Diese Zahlen kennzeichnen die günstige Entwicklung unserer Bewegung. Die Durchführung dieser Aufgaben erforderte die Einrichtung einer Organisationsabteilung im Bundesbüro.

Die freigewerkschaftliche Bildungsarbeit ist in der Berichtsperiode weitgehend gefördert worden. Neben der sachlichen Bildungsarbeit der angeschlossenen Verbände hat der Bundesverband

### 41 Wochenendkurse

durchgeführt, in denen über sozial- und wirtschaftspolitische Themen referiert wurde. Hieran nahmen etwa 2120 Funktionäre teil. 1930/31 fanden vier zentrale Kurse, darunter solche für die Betriebsräte im Aufsichtsrat statt.

### Angestellte und Wirtschaftskrise.

Aufhäuser gibt einleitend eine Uebersicht über die Entwicklung der Wirtschaftskrise seit dem Hamburger AW-Gewerkschaftskongress im Jahre 1928. Bei den Angestelltenverbänden war die Arbeitslosigkeit im August 1931 durchschnittlich 15 Proz. Am stärksten ist der Bund der technischen Angestellten und Beamten erfaßt, bei dem nahezu ein Viertel der Mitglieder stellenlos ist. Die Gesamtzahl der erwerbslosen Angestellten beträgt 450 000 bis 500 000. Der Abbau der Tarifgehälter hat mit dem Jahre 1931 begonnen und betrug bis Mai etwa 6 bis 7 Proz., einschließlich der abgehobenen Leistungszulagen und der durch Kurzarbeit entstandenen Abzüge aber 25 Proz.

Die durch Erwerbslosigkeit und Gehaltsabbau der Angestellten verursachte Kaufkraft besitzet der Referent mit 3 Milliarden Mark jährlich.

Der Angriff auf die Sozialpolitik richtete sich vor allem gegen diejenigen Einrichtungen, die als Lohnschutz angesehen werden können, nämlich Tarif-, Schlichtungswesen und Arbeitslosenversicherung. Ein Abbau des Schlichtungswesens ist durch den gewerkschaftlichen Widerstand verhindert worden. Das Tarifwesen hat durch die neuere Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts eine Aushöhlung erfahren. Die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände haben zur

### Wiederherstellung der Rechtsicherheit

Anträge zur Ergänzung des Betriebsrätegesetzes und der Tarifvertragsordnung einbringen lassen.

Die Offensive des Unternehmertums gegen das kollektive Lohnabkommen geht weiter. Wenn die Tarifverträge als abdingbar erklärt werden, dann ist auch die Friedenspflicht der Gewerkschaften abdingbar. Man kann nicht einen Tarifvertrag teilweise abbauen und die Friedenspflicht der Gewerkschaften aufrecht erhalten. Der Kampf um das kollektive Arbeitsrecht ist der Kampf um die Existenz der Gewerkschaften selbst. Der AW-Bund warnt die Reichsregierung, den Kollektivismus nach dem Willen der Unternehmer zu zerschlagen.

In einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Lohnfrage stehen die Kämpfe um den

### Schutz der Arbeitslosenversicherung.

Aufhäuser stellt die Haltung der Regierung Müller-Bischoff der des heutigen Kabinetts gegenüber und übt insbesondere Kritik an der Juni-Rotverordnung, die jetzt durch das Eingreifen der Gewerkschaften wieder eine gewisse Korrektur erfahren hat. Der Kampf um den Schutz der Arbeitslosenversicherung wird auch in nächster Zeit weitergehen. Das internationale Finanzkapital verlangt von Oesterreich, aber auch von England, die Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung. Deutschland dürfe sich eine solche soziale Zwangsjacke von Gläubigerseite nicht überziehen lassen. Zu den verfehlten Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenhilfe rechnet der AW-Bund die Einführung der Arbeitslosenpflicht. Die Hinaufführung des Schulentlassungsalters wird als ständige, also nicht befristete Maßnahme unterstützt. Schließlich wird auch vom AW-Bund in Übereinstimmung mit dem Gewerkschaftskongress die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche als vordringlich vertreten.

## Börsensturz in Paris.

### Pfund und Bankaktien schwächer.

Paris, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Das englische Pfund ist an der Pariser Montags-Börse wieder erheblich gefallen. Am Freitag noch 100% Franken, setzte es am Montag mit 96 ein und schloß nach einer geringen Abschwächung mit 96,5 Franken. Die Tendenz an der Effektenbörse war im Zusammenhang mit der Pfund-Baisse und auf Grund der unangünstigen Nachrichten über die Finanzlage Deutschlands ebenfalls ausgesprochen schwach. Diese Haltung ist auf rein psychologische Faktoren zurückzuführen, sie trägt in keiner Weise der unangreifbaren Stellung der französischen Währung und der wahren Lage der meisten französischen Unternehmungen Rechnung. Besonders schwach waren Bankaktien (Bank von Frankreich minus 725, Banque Nationale de Crédit minus 100), Elektrizitäts- und Metallwerte. Auch Suezkanal gaben 720 Franken nach. In vielen Fällen mußte die Abgabe reduziert werden, da sonst mit der Nachfrage keine Kursnotiz zustande gekommen wäre.

### Constans gestorben.

Paris, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Einer der Veteranen des französischen Sozialismus, der Abgeordnete Paul Constans, ist am Sonntag im Alter von 75 Jahren gestorben. Am vorigen Sonntag hatte die sozialistische Partei des Departements Allier, zu deren Gründern Constans gehörte, sein politisches Jubiläum gefeiert, an dem er selbst wegen seiner Erkrankung nicht teilnehmen konnte. Constans war zum erstenmal im Jahre 1902 in die Kammer gewählt und fast ständig wiedergewählt worden. Er interessierte sich als Abgeordneter hauptsächlich für die Gesetzgebung auf sozialem und hygienischem Gebiet. Constans war außerdem Präsident des Provinzialparlaments des Departements Allier. Die sozialistische Partei verliert mit ihm einen ihrer hervorragendsten Förderer und Kämpfer.

„Populaire“ teilt mit, daß der Altmeister der Pariser Sozialisten Leon Dsmine schwer erkrankt sei.

Die Angestelltenversicherung hat bisher den Angriffen der Sozialreaktion standgehalten. Der Versuch, sie einmal mit der Arbeitslosenversicherung, zum anderen wieder mit der Knappschaft zu Versicherungsgemeinschaften zu vereinen, ist vom AW-Bund mit Erfolg abgemehrt worden. Aufhäuser erklärt gegenüber dem Reichsarbeitsministerium, zu den fortwährenden Angriffen auf das Vermögen der Angestelltenversicherung:

### „Wir bitten um Schluß der Diskussion!“

Bei den Rotverordnungen der Juli-Krise war auch eine Teilzahlung der Angestelltengehälter in Privatbetrieben verfügt worden. Es ist dem AW-Bund gelungen, diese Teilzahlung wieder zu beseitigen.

Die Angestellten müssen sich bewußt sein, daß in nächster Zeit alle sozialistische Arbeit von der Neugestaltung der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverfassung abhängig sein wird. Ein Erfolg zu den vom AW-Bund aufgestellten Forderungen konnte bei der Reform der Versicherungsaufsicht erzielt werden. Insbesondere wird künftig bei der Genehmigung von Fusionen bei Versicherungsgesellschaften die soziale Sicherung der beteiligten Angestellten vorher geprüft werden müssen. Völlig unbefriedigt ist der AW-Bund von den bisher getroffenen Maßnahmen der Reichsregierung hinsichtlich der Wirtschaftsprüfung. Das Monopol der großen Treuhändergesellschaften müsse gebrochen und den Gewerkschaften die erforderliche Mitwirkung gewährt werden. Für die gesamte wirtschafts- und lohnpolitische Tätigkeit der freien Angestelltengewerkschaft hat sich die Statistik des AW-Bundes gut bewährt, insbesondere die von ihm herausgegebenen Wirtschaftsbücher und seine Tarifstatistik.

Im gegenwärtigen Stadium des kapitalistischen Systems kommt es, wie der Referent zum Schluß ausführt, nicht nur darauf an, Einzelorderungen zu stellen, sondern die den Gewerkschaften gestellte gesellschaftspolitische Aufgabe zu erfüllen und

### Die Staatsherrschaft über die Wirtschaft

zu erringen: Wenn es eines Tages hart auf hart gehen sollte, und diese Eventualität müssen wir ins Auge fassen, dann werden wir nicht die KPD und die angebliche Sozialistische Arbeiterpartei als Bundesgenossen haben, dann werden wir unsere Bundesgenossen dort suchen, wo wir sie im Jahre 1920 gesucht und auch gefunden haben. (Stürmischer Beifall.) Man darf nicht erwarten, daß wir Wunderkuren vornehmen können. Was aber geschieht, das muß heute, in dieser Gesellschaft noch geschehen. Wir müssen darauf bedacht sein, in die heutige Gesellschaft, in die kapitalistische Gesellschaft Fremdkörper einzubauen, um zur Umformung der Gesellschaft zu kommen. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt die Anwesenheit von 199 Teilnehmern, wovon 88 stimmberechtigt sind.

## Blutiger Flamenkampf.

### 100 Verletzte.

Brüssel, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Am Sonntagabend kam es in Hasselt, der Hauptstadt von Flämisch-Limburg, zu schweren blutigen Zusammenstößen zwischen Flamen und Wallonen. Mehr als 100 Personen wurden verletzt.

Tausende von Flamen fanden sich am Sonntag seit den frühen Morgenstunden in der Umgebung von Hasselt zusammen. Der erste Zusammenstoß zwischen Flamen und Wallonen erfolgte morgens in Jonhoben, nördlich von Hasselt, auf einem Friedhof. Später warfen flämische Nationalisten einen Lastwagen um, in dem sich „Patrioten“ aus Gent befanden. 17 Personen wurden verletzt. Mittags wurde bei Gent von flämischen Gegendemonstrationen ein Sonderzug mit Steinen beworfen. Zahlreiche Anlassen des Zuges wurden verlegt.

Abends kam es in Hasselt zwischen Flamen und Wallonen zu schweren Zusammenstößen. Die Gendarmerie griff wiederholt mit blanker Waffe und gefülltem Bajonett gegen die flämischen Gegendemonstranten ein. Besonders heftige Zusammenstöße erfolgten vor dem flämischen Haus, das von der Polizei mehrmals gestürmt wurde. Der Festzug der „Patrioten“ wurde mehrmals durchbrochen. Die Menge schrie: „Es lebe Flandern! Nieder mit Belgien!“ Belgische Fahnen wurden von den Massen heruntergerissen und vernichtet. Die Rundfunkanlage, die für die Uebersetzung auf den Sender eingerichtet war, wurde zerstört und die Uebersetzung unmöglich gemacht.

Ministerialdirektor Küffner, der langjährige Leiter der Volksschulabteilung im preussischen Kultusministerium, hat am Montag auf ärztlichen Rat einen längeren Urlaub antreten müssen. Da er bereits seit längerer Zeit leidend ist, hat er sich zugleich entschließen müssen, gleichzeitig sein Abschiedsgesuch einzureichen.

Die Demission des Finanzministers Dr. Redlich wurde vom österreichischen Bundeskanzler angenommen. Bundeskanzler Buresch hat die Leitung des Bundesministeriums für Finanzen übernommen.

## Wie lange noch?



„Wie lange, lieber Laval, werden wir beide das noch in Ruhe mitansehen können?“

